

ELEMENTARLITERATUR DES MARXISMUS - LENINISMUS

BÜCHER, DIE MAN NICHT OFT GENUG
DURCHSTUDIEREN KANN



KARL MARX
FRIEDRICH ENGELS

MANIFEST
DER
KOMMUNISTISCHEN
PARTEI



W. I. LENIN

STAAT
UND
REVOLUTION



J. W. STALIN

ÜBER
DIE GRUNDLAGEN
DES LENINISMUS

PROLETARIAT ALLES LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

GESCHICHTE
DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI
DER SOWJETUNION

(BOLSCHEWIKI)

—
KURZER LEHRGANG

Unter Redaktionsleitung von
der Zentralkommission der KPdSU (B)
Genehmigt von Zentralkomitee der KPdSU (B) 1958

Bestellungen an: Zentraler Literaturdienst 1150/9 Wien Postfach 582

"Offenlegung" laut § 25 des Mediengesetzes:

Als Zentralorgan der MLPO ergibt sich die grundlegende Richtung der "Roten Fahne" aus den Feststellungen der Programatischen Erklärung der MLPO:

Die MLPO legt ihrer gesamten Tätigkeit die von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeiteten wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus zugrunde, deren Richtigkeit sich sowohl in der Geschichte der österreichischen als auch der internationalen revolutionären Bewegung täglich aufs neue beweist.

Die MLPO ist entschlossen, diese Lehren gegen alle Angriffe und Entstellungen zu verteidigen und diese Lehren schöpferisch auf die heftige Weltlage und die konkreten Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, um die revolutionäre Sache hier zum Triumph zu führen und um konsequent ihren Verpflichtungen als Abteilung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und des Lagers der proletarischen Weltrevolution gerecht zu werden.

Impressum:

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPO). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strolle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 56. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 214

Ausgabe März 1985

S 24,-

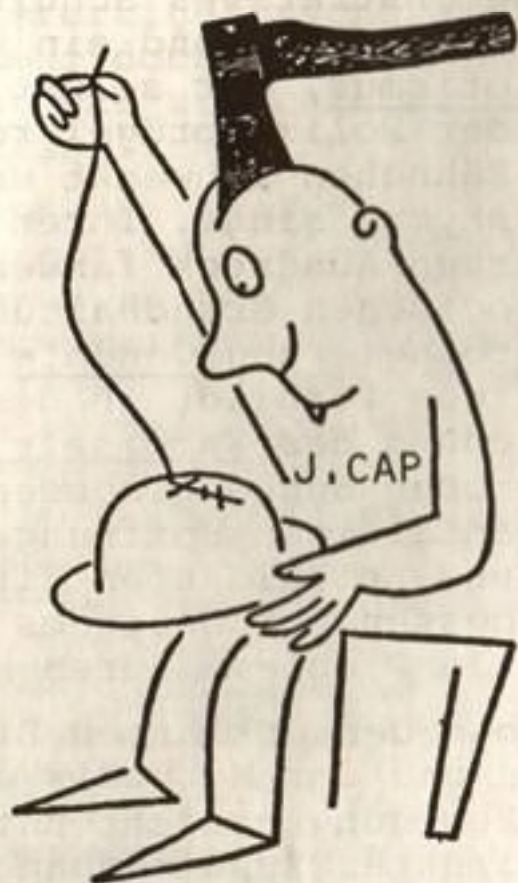


Lehrstück »Hainburger Au«

- WURUM GING ES IN HAINBURG ?
- ZUR IDEOLOGIE DER HAINBURG-BEWEGUNG
- AUCH ÄUSSERSTE SANFTHEIT SCHÜTZT NICHT VOR DER ERKLÄRUNG ZUM "STAATSFELD"
- DIE LÜGE ALS SÄULE DER REGIERUNGSPOLITIK
- DER ÖGB ALS WERKZEUG ZUR NIEDERHALTUNG DER MASSES
- DIE "FAUST DES STAATES" SCHLÄGT ZU
- DIE ANGST DER HERRSCHENDEN VOR DEM VOLK
- DIE MARXISTEN-LENINISTEN UND DIE HAINBURG-BEWEGUNG
- MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN ÜBER DIE ROLLE DES STAATSAPPARATS
- ERFAHRUNGEN AUS HAINBURG
- WIE WIRD ES WEITERGEHEN ?

rah-Patriotismus- all das sind nicht nur Formen bürgerlicher Ideologie zur Niederhaltung, Wehrlosmachung und Disziplinierung der Massen im allgemeinen, es sind speziell auch typische Ausdrucksformen der Ideologie gewisser Zwischenschichten der kapitalistischen Gesellschaft, gewisser Teile der Klein- und Mittelbourgeoisie sowie der bürgerlichen Intellektuellen, die insofern eine Zwischenstellung zwischen Proletariat und Monopolbourgeoisie haben, als sie sowohl Opfer als auch Nutznießer der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung sind.

In dieser Ideologie kommt somit das vordergründige Interesse solcher Zwischenschichten zum Ausdruck: Das bestehende kapitalistisch-imperialistische System nicht zu zerschlagen und durch ein grundlegend anderes zu ersetzen, sondern es zu "verbessern", von "schlechten Eigenschaften", vielleicht auch nur von negativen "Auswüchsen" zu befreien, kurz gesagt, dieses System zu bewahren und zu erhalten, es vorwärtszubringen, indem man es perfektioniert.



„Zugegeben, der Kapitalismus hat viele Mängel, aber sie lassen sich durch geduldige Reformarbeit beheben!“



Au-Demonstrant: "Wo bleibt der Rechtsstaat ?!"

Prügelpolizist: "Ich bin doch eh da! Gspürst mich denn noch zu wenig ?"

Und das ist zweifellos auch ein Grundzug der Hainburg-Bewegung, so wie sie im vergangenen Dezember und Jänner in Erscheinung trat: das in Österreich bestehende Gesellschaftssystem wurde selbst durch ihre am meisten "politisierten" und "radikalsten" Repräsentanten in keiner Weise in Frage gestellt, sondern ausdrücklich bejaht und unterstützt. Dieses System soll vielmehr veranlaßt werden, durch genauere Einhaltung der von ihm selbst festgelegten Regeln, der von ihm selbst beschlossenen Rechtsnormen und Gesetze, sowie durch das zusätzliche Regulativ vermehrter "Mitspracherechte" und "mehr Demokratie" für das Volk, zumindest aber für eine Handvoll von Biologen und Umweltschützern, besser und "vernünftiger", weitblickender und "menschenfreundlicher" zu funktionieren, also funktionsfähiger zu werden!

Insofern ist diese Bewegung das Gegenteil einer sozialrevolutionären Bewegung und war es durchaus folgerichtig, wenn prominente Au-Schützer immer wieder betont haben, mit Klassenkampf habe die Bewegung, "Gott bewahre!", doch wirklich nicht das Mindeste zu tun, ja wenn sie die Regierung

eindringlichst beschworen und angefleht haben, doch ja nichts zu tun, was "den sozialen Frieden" in diesem Lande gefährden könnte.

Daß heute buchstäblich jedes größere gesellschaftliche Problem untrennbar mit dem Charakter der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden ist, Ausdruck und Folge dieses menschenverachtenden, auf Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen des eigenen und anderer Länder beruhenden Systems der Profitmaximierung zugunsten einer kleinen herrschenden Minderheit ist; daß auch die gesamte Problematik der immer rascheren Zerstörung der Natur, der Verwüstung ganzer Kontinente, der fortschreitenden Vergiftung von Luft und Wasser, usw. eine der verheerenden Folgen des Bestehens bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse, nämlich eben der Existenz einer Gesellschaftsordnung ist, deren höchstes Ziel die Gewinnung und Sicherung von Maximalprofiten für eine dünne Herrschichte ist; daß daher nicht nur die Menschen selbst, sondern auch die Tiere, die Natur und die Umwelt auf weitere Sicht nur geschützt und gerettet werden können, wenn dieses menschen- und naturfeindliche System fällt, durch die Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung, durch ihren revolutionären Sturz und durch den Aufbau einer grundsätzlich anderen, wirklich und nicht nur dem Namen nach sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung - alles das blieb in der Hainburg-Bewegung noch gänzlich unverstanden und es waren und sind gerade die gegenwärtigen Sprecher, Dirigenten und führenden Repräsentanten dieser Bewegung, die alles daransetzen, diese entscheidenden Erkenntnisse um keinen Preis bewußt werden zu lassen.

Hier liegt die Rolle der "Kronen-Zeitung", für die es bei weitem nicht nur um journalistische Ausschlichtung der Bewegung zur Gewinnung neuer Leserschichten, also um das unmittelbare eigene Profitinteresse geht.

Darüber hinaus - und das ist das politisch wesentliche - leistet sie auch einen massiven Beitrag, um die Bewegung im Interesse der herrschenden Ausbeuterordnung, des Systems überhaupt, unter Kontrolle zu halten, in die für das System günstigste Richtung zu dirigieren, sie vor allem gegen "linke" Entwicklungen abzusichern.

Zwischen der Rolle der "Kronen-Zeitung" der Pressezearen Dichand und Falk, und der Rolle jener Einzelpersonen, die sich nicht nur selbst als Sprecher und Führer der Au-Bewegung präsentieren, sondern die vor allem von den Medien - von der "Kronen-Zeitung" bis zum ORF - zu solchen aufgebaut und aufgeblasen wurden, ist hier kein nennenswerter Unterschied, auch wenn es zwischen ihnen natürlich alle möglichen individuellen Unterschiede geben mag. Sie stehen an der Spitze der Bewegung, um diese Spitze abzubreaken! Man braucht sich einige der prominentesten dieser Personen nur etwas näher anzusehen, um diese Tatsachen bestätigt zu finden:

Die dubioseste, buntscheckigste Figur unter ihnen ist zweifellos der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft, Günther Nenning. Wie er, dem sein Einkommen aus dem Gewerkschaftsjob nur ein ganz untergeordneter Posten im persönlichen Budget ist, allein aus seinem sich "linksintellektuell" gebenden "FORUM" jährlich zwischen einer und eineinhalb Millionen S für sich herausgeholt hat, jetzt mit den Herren Dichand und Falk sehr einträgliche, wenn auch reichlich dubiose finanzielle Transaktionen macht und seine gesamten intellektuellen Fähigkeiten "längst zugunsten persönlichen Umsatz- und Einkommenswachstums" auszuschlachten gelernt hat, das hat unlängst sein ehemaliger Verlagsleiter mit vielen Details ausgeplaudert ("Wochenpresse" vom 15.1.85). Wichtiger als dieses unbestreitbare Talent, aus allem, was er angreift, ein Maximum für die eigene Tasche herauszuholen, ist jedoch Nennings politische Rolle, die er selbst in einem persönlichen Brief an den ÖGB-Präsidenten Benya am 26. Juli 1984 wie folgt beschrieben hat:

"Lieber Toni! Ich fühle mich der Bewegung, in der wir beide stehen, wenn auch mit sehr verschiedenen Akzenten, lebenslang verbunden... Vielleicht sitzen wir einst einmal beisammen und reden über meine Rolle in der ökologischen Bewegung so, wie wir schon über meine seinerzeitige Rolle in der Jugendbewegung geredet haben, nämlich: Es war vielleicht garnicht so schlecht, daß einer von uns mitten in dieser Bewegung, sie in bestimmte Richtung leitend und gegebenenfalls bremsend, tätig war. In alter Freundschaft bin ich Dein Günther Nenning." (Wochenpresse 15.1.85, Profil 21.1.85 Volksstimme 20.1.85)

In unverschämtester Weise diener sich hier ein notorischer Agent des herrschenden Systems an, pocht auf seine früheren "Verdienste" und beleuchtet seine jetzige Rolle: im Interesse der Herren auf der Kommandobrücke in eine entstandene Bewegung mitten hineinzusteigen, sie in die gewünschte Richtung zu dirigieren und abzubremesen, wenn sie der Kontrolle zu entgleiten droht. Wirklich alles, was Nenning macht, was er sagt und schreibt, paßt einwandfrei in dieses von ihm selbst gezeichnete Bild seiner Rolle, ob er nun die Notwendigkeit absoluter "Gewaltfreiheit" betont ("Gewaltfrei - weil ich ein ungeheures Vertrauen in den Rechtsstaat habe" (Kronen-Zeitung 10.12.84), oder bei den Geschlagenen in der Au um Verständnis für die Schläger wirbt ("Jeder sollte versuchen, mit dem Kopf des anderen zu denken", Kurier 25.12.84), sei es als Gewerkschaftsvorsitzender, als Zeitungs-Unternehmer, als Au-Schützer oder was immer.

Nehmen wir das Beispiel des "linken" SPÖ-Abgeordneten Josef C a p, der in der Au selbst zwar nur an Tagen ohne drohendem Polizei-Einsatz auftauchte, dafür aber hinterher in Zeitungen und Fernsehen geradezu als Mentor der Au-Bewegung auftrat. Was ihn in seinen Presse- und Fernseh-Auftritten offenbar am meisten bewegte, war die Befürchtung, diverse Kräfte außerhalb seiner Partei und der etablierten Parteien überhaupt, könnten die Hainburg-Bewegung benützen, um "ihre höchstpersönliche Suppe zu kochen" und am Ende sogar - welch unerhörtes Verbrechen

gegen das Monopol der Etablierten! - einer neuen Partei den Weg zu bereiten. Den Demonstranten in der Au gebot er vor allem die Anerkennung "höchstgerichtlicher Entscheidungen" und peinlichste Enthaltung von jeglicher Gewalt:

"Den Aubesetzern muß klar sein, daß subjektive Rechtsinterpretation zumindest durch höchstgerichtliche Entscheidungen ihre Grenze finden muß und jeder Schritt über das Widerstandsbeispiel Gandhis hinaus dem Umweltschutz schweren Schaden zufügen kann." (Profil, 22.12.1984)

Was die Niederknüppelung der Ausschützer betrifft, war dieser Schüler Gandhis zwar angeblich völlig aus dem Häuschen, jammerte über diesen "Katastrophentag für Österreich" (Presse, 20.2.84) und überschrieb einen Artikel im "Profil" vom 21.1.85 mit dem Schmerzensruf "Es ist zum Heulen". Doch aus den dazugehörigen Texten wird rasch klar, was für Herrn Cap die "Katastrophe" ist und worüber ihm "zum Heulen" ist: Es sind nicht die geschlagenen Demonstranten in der Au, nicht ihre zerschlagenen Gesichter und Rücken, sondern die zerschlagenen Hoffnungen und Illusionen über den "sozialen" und "demokratischen Rechtsstaat", er bejammert und behauptet die weitgehende Demaskierung dieses Staates, seiner Regierung, seines Parlaments, seiner Polizei und Gendarmerie. Deshalb bezeichnet Cap auch nicht die Geprügelten, sondern den unmittelbaren Verantwortlichen des Prügeleinsatzes Blecha als "Au-Geschädigten" und beschwört Sinowatz, nach vollzogener Gewaltanwendung wieder dafür zu sorgen, "das angeschlagene Ansehen der österreichischen Demokratie wieder zu reparieren" (Presse, vom 22./23.12.1984):

Was persönliche Integrität betrifft, kann man Frau Meissner-Blau mit Figuren wie Nenning und Cap möglicherweise nicht vergleichen, in bezug auf ihren politischen Habitus und ihre politische Rolle sind jedoch keinerlei besondere Unterschiede feststellbar. Freda Meissner-Blau, die Gattin des langjährigen Chefredakteurs des SPÖ-Zentralorgans nach der Ära Oscar Pollaks, Paul Blau, mag persönlich höchst ehrenwert und sympathisch sein, doch wenn sie an der herrschenden Gesellschaftsordnung überhaupt

etwas verändert sehen möchte, sind das bestenfalls oberflächliche Reförmchen und Retuschen. Ihre Rolle in der Hainburg-Bewegung offenbarte sie selber in einer Fernseh-Diskussion, in der sie rühmte, wie es ihr gelungen sei, Angehörige der "linken Szene" wie etwa die Leute aus dem ehemaligen Jugendzentrum Gassergasse*, aus der Au "wegzuekeln" (18.12.84, Club 2). In der gleichen Sendung begrüßte sie die Existenz eines Kontrolldienstes der Ausschützer, um Autos mit ausländischen Kennzeichen, die sich möglicherweise in Au-Nähe zeigen sollten, sogleich festzustellen und eventuell herkommende "Extremisten" aus Frankfurt, Gorleben oder anderen Zentren der Weltrevolution sogleich "auszuscheiden". Gehts nach Frau Meissner-Blau, so muß ein Umweltschützer vor allem zwei Eigenschaften haben: einen österreichischen Staatsbürgerschaftsnachweis und ein polizeiliches Führungszeugnis, daß er ein würdiger Schüler Gandhis ist.

Von welch erschütternder Einfalt und staatsbürgerlicher Frömmigkeit Frau Meissner-Blau ist oder zu sein vorgibt, erhellt auch aus einem Artikel, den sie am 22. Jänner 1985 als Leiterin des "österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungshilfe" in der "Wochenpresse" abgelagert hat. Sie betont dort nicht nur, daß Österreich als "kleines, neutrales Land mit sei-

* Nach der behördlichen Liquidierung der Jugend-"Arena" in St. Marx hatte die Wiener Gemeindeverwaltung nach langer Hinhaltspolitik endlich zugestimmt, daß in der Gassergasse 62 in Wien ein "Jugendzentrum" errichtet wird. Da in diesem von den Jugendlichen in Selbstverwaltung geführten Zentrum jedoch politische Tendenzen auftraten, welche der Gemeinde und den Behörden nicht paßten, auch alle Versuche der behördlichen Bevormundung und finanziellen Ruinierung des Jugendzentrums scheiterten, beschloß man, auch diese "Brutstätte" des Aufmuckens gegen die Obrigkeit zu liquidieren. In der Nacht zum 27. Juni 1983 trat die Polizei mit starken Kräften zum Sturm auf das Jugendzentrum an, besetzte das Gebäude und "säuberte" es von den Jugendlichen. Dabei ging die Polizei mit äußerster Brutalität vor, schlug und mißhandelte die Jugendlichen schwer und nahm viele von ihnen fest. Eine niemals bekanntgegebene Anzahl von ihnen, denen die verschiedensten "Delikte" angehängt wurden, erhielt Polizei- und Verwaltungsstrafen, etliche, die über sie verhängte Geldstrafen nicht zahlen konnten, mußten diese im Gefängnis absitzen. In vier Fällen kam es zu Gerichtsverfahren wegen des Verbrechens des "Widerstands gegen die Staatsgewalt". Von diesen Angeklagten wurde einer am 25.1.1985 zu einem halben Jahr Gefängnis bedingt, ein anderer zu 6 Wochen Gefängnis bedingt verurteilt. (Nach Presseberichten).

ner Entwicklungshilfe sicherlich keine wirtschafts- oder militärstrategische Großmachtpolitik betreibt", sondern leugnet solche Absichten auch für alle anderen Länder der Welt, selbst die größten imperialistischen Mächte nicht ausgenommen. Daher stellt sie geradezu als unerklärlich hin, wieso in den vom internationalen Kapital ausgeplünderten und ruinierten Ländern die "Entwicklungsprogramme", welche die "Industrienationen" doch so selbstlos betreiben, "oft das Gegenteil von dem herbeiführen, was eigentlich beabsichtigt war". Die Resultate sind leider "niederschmetternd" - "Doch alle hatten das Beste gewollt." Fast scheint es in Afrika ähnlich wie in Österreich: Alle, von Sinowatz bis Blecha, von Benya bis Nenning, wollen bekanntlich das Beste - aber die Resultate sind niederschmetternd. Für wen alle diese Herrschaften "das Beste" wollen und wem sie es wegnehmen - diese äußerst informative Frage zu stellen, vermeidet die Obfrau eines "Informationsdienstes" geflissentlich.

Abonniert die "Rote Fahne" !

Lassen wir es bei einem letzten Beispiel für die politische Physiognomie diverser prominenter Au-Schützer bewenden: Keine zwei Wochen nach den Prügelattacken von Polizei und Gendarmerie in der Au, organisierten Frau Meissner-Blau, Günther Nenning, Andre Heller, Friedensreich-Hundertwasser und andere eine symbolische Baumpflanzung auf einer schon gerodeten Au-Fläche. Um diesen Akt vom 31. 12. 84 musikalisch aufzuputzen und feierlich zu untermalen, luden die Veranstalter eine Blasmusik-Kapelle ein, nämlich die Gendarmerie-Blasmusikkapelle - wohl deshalb, weil die beim "Aufspielen in der Au" schon reichliche Übung hat. Wenn schon Frischenschlager für die Auftritte des Bundesheeres keine passenderen Stellen findet wie die Schauplätze seines Wirkens im Jahre 1934, warum sollen dann Meissner-Blau, Nenning usw. keine Auftritte von Polizei und Gendarmerie in der Hainburger Au organisieren? Es war die Gendarmerie, der ein solches widerliches Theater doch ein etwas zu starker Tobak war und die daher absagte. (Kurier, 30.12.1984).

DIE ORGANISIERTE VERTEUFELUNG DER HAINBURG- oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

BEWEGUNG ZUR "STAATZERSTÖRENDE" AKTION oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Sicherlich ist es kein Zeichen von Stabilität eines Systems, wenn dessen Machthaber, sobald auch nur der bescheidenste Versuch erfolgt, die eine oder andere ihrer Maßnahmen in Frage zu stellen, sogleich staatsgefährdende Umtriebe wittern, die Sache zum Angriff auf die heiligsten Güter der Nation verteu- feln und dementsprechend mit Ein- satz ihres ganzen Machtapparates reagieren. Genau das aber war in Österreich in bezug auf die Hain- burg-Bewegung der Fall. Obwohl sie doch ganz offensichtlich nur eine für die Existenz des herr- schenden Systems völlig belang- lose Detailfrage betraf, obwohl sie nicht nur in Worten, sondern mit ihrer ganzen Praxis ununter- brochen demonstrierte, jegliche Anwendung von Gewalt abzulehnen und zu hassen wie die Sünde, nützte ihr das gar nichts, bewahrte sie das nicht vor einer mit allen erdenklichen Mitteln betriebenen, bis ins äußerste Extrem gehenden Verteufelung.

Da die dabei angewandte Methodik nicht nur für diesen Fall charak- teristisch ist, sondern praktisch für alle erdenklichen Fälle an- wendbar ist und auch angewandt wird, lohnt es sich, sie zu stu- dieren.

Das sozusagen erste, unterste Glied in der Kette der Entstel- lung war die Leugnung des Pro- blems, die Behauptung, daß der Kraftwerksbau bei Hainburg der Umwelt gar nicht schade, eigent- lich sogar notwendig sei, um die Au zu erhalten, vor Austrocknung zu bewahren usw. Leute wie ÖGB-Präsident Benya und der Tiroler VP-Landeshauptmann Wallnöfer gin- gen sogar so weit, die Existenz einer Umweltproblematik generell

zu bestreiten. Benyas klassischer Satz "In unserer Jugend samma mitn Radl g'fahn und haben den Straßenstaub g'schluckt, und wir leben a no" und Wallnöfers Aus- spruch "Wenn ich in die Berch geh', dann seh' ich keine kranken Fiachtl'n" (Kurier, 25.12.84) sind wohl Spitzenleistungen an Ignoranz und Dummheit.

Auf den ersten Blick scheinen solche "Argumente" vielleicht nur lächerlich, doch so einfach ist das nicht, denn hinter ihnen steht eine zweite Argumentations- ebene, die sehr schwerwiegend ist, nämlich: Den Demonstranten, in diesem Fall den Au-Schützern gehe es gar nicht um das, was sie sagen, sondern ihnen geht es um was ganz anderes! Der Natur- schutzlandesrat Brezovsky von der SPÖ hat es schon von anfang an gewußt: "Es soll das Vertrauen der Bevölkerung in Rechtsstaat und Demokratie erschüttert wer- den!" und Innenminister Blecha erfuhr es aus den Berichten sei- ner Polizeispitzel: Es sind "Kräfte, die die Demokratie de- stabilisieren wollen" (Arbeiter- Zeitung, 20.12.84). Und "Sta- berl" Nimmerrichter von der "Kro- nen-Zeitung" gab Brezovsky und Blecha zumindest bezüglich eines Teiles der Au-Schützer recht, "denen es gewiß viel weniger um den Naturschutz, als vielmehr um die Ächtung und Unterminierung unseres freien Gesellschaftssy- stems geht" (Kr.Ztg. 20.12.84).

Da mochten Frau Meissner-Blau und andere noch so gründlich am Werk gewesen sein, um alle ihnen als "aufrührerisch" und "staatsfeind- lich" verdächtigen Leute aus der Au hinauszuekeln - das Innenmi- nisterium blieb dennoch unverändert bei seiner stereotypen Behauptung:

"In der Au sind Radikale und Chao- ten" (Kr.Ztg., 18.12.84). Ganze "rund 50 polizeibekannte Extremi- sten", die seine Spitzel angebl- ich in der Au festgestellt und fotografiert hatten, genügten Innenminister Blecha dann, den Prügelbefehl gegen 3000 Au-Demon- stranten zu begründen (Presse, 20. 12.1984). Ein Foto solcher Extre- misten - ein einziges - ließ Ble- cha sogar übers Fernsehen aus- strahlen: kurz danach folgte al- lerdings die kleinlaute Entschul- digung, leider sei eine Verwechs- lung passiert (Siehe auch Kurier 22.12.84).

Eine besondere Niedertracht bei diesem demagogischen Geschrei über "Radikale" und "Extremisten" ist die damit praktizierte unaus- gesetzte betrügerische Gleichset- zung nicht nur jedes wirklichen oder vermeintlichen "Linken", sondern jedes sogenannten "Be- rufs-Demonstrierers" mit notori- schen neonazistischen Provoka- teuren, von denen zwar eine Hand- voll in die Au pilgerte, dort aber keine nennenswerte Rolle zu spielen vermochte außer der, den Blecha und Konsorten ein paar zu- sätzliche Argumente zu liefern. Die seitens der Blecha & Co be- triebene Subsummierung von all dem, was ihnen nicht paßt, unter Begriffen wie "Extremisten", "Ra- dikale" und "Chaoten", die in Wirklichkeit die Gleichsetzung von Faschisten und Antifaschisten darstellt, hat ganz eindeutig den Zweck, die besonders von der SP- Führung seit langem praktizierte Methode des Redens gegen rechts und des Schlagens gegen links als "ausgewogen" und "objektiv" zu verkaufen.

Zum Zweck, die beabsichtigte ge- waltsame Niederschlagung einer völlig im Rahmen kleinbürger- licher Demokratievorstellungen bleibenden Bewegung zu bemänteln und zu einer Art "Dienst an der Demokratie" umzulügen, griffen einzelne Schreibtisch-Täter sogar zur Verdächtigung der ganzen Hain- burg-Bewegung als "faschistoid".



"Such's Extremistl..."

Ausgerechnet die stinkreaktionäre Grazer "Kleine Zeitung" vom 13.12. 84 entdeckte, daß Hitler heute sicherlich bei "den Grünen" zu finden wäre, Herr Lingens vom "Profil", immer schon ein origi- neller Farbverkehrer, kam darauf, daß Hitlers "Völkischer Beobach- ter" nach heutigen Maßstäben "ei- ne Naturschutz-Zeitung" wäre (FS 2 v. 8.1.85), den Vogel aber schoß der "Verhaltensforscher" Otto Kö- nig ab, der sich in "Arbeit und Wirtschaft", dem Organ der Arbei- terkammer und des ÖGB, seitenlang abmühte, einige in Hitlers "Mein Kampf" zusammengekratzte Zitate der Hainburg-Bewegung überzustül- pen. Merkwürdig an allen diesen Versuchen ist nicht nur, wie krampfhaft und an den Haaren her- beigezogen sie sind, sondern auch, daß sie fast ausschließlich von Leuten kommen, deren besondere Qualifikation dafür in der Ver- seuchung des eigenen Gehirns mit faschistischen Vorstellungen zu liegen scheint*.

* Das beste Beispiel dafür ist Otto König selbst, der in seinen Schriften und Vorträgen ununterbrochen tierische Verhaltensnormen me- chanisch auf die menschliche Gesellschaft über- trägt und so, "wissenschaftlich" verbrämt, di- rekt rassistisches und faschistisches "Gedan- kengut" verbreitet. Doch nicht nur das. Liest man etwa Otto Königs 1961 erschienenes "Buch

Eine wichtige Rolle in der Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen die Hainburg-Bewegung spielten wieder einmal die bösen "Ausländer". Auch diesbezüglich konnte selbst der umsichtigste Kontrolldienst von Frau Meissner-Blau nichts ändern und da sie selbst die Unvorsichtigkeit begangen hatte, dereinst in Dresden geboren worden zu sein, sah sie sich plötzlich selbst als eine Art von ostdeutscher Agentin verdächtigt (SPÖ-Landesrat Brezovsky). Auf breiter Front sah man sich wieder einmal mit dem uralten Dreh konfrontiert, über den Heinrich Heine vor schon etwa eineinhalb Jahrhunderten gespotet hatte:

"Ausländer sind es zumeist die unter uns gesät den Geist der Rebellion. Dergleichen Sünder, Gottlob, sind selten Landeskinder."

Schon am 12. Dezember hieß es in einer Aussendung des Innenministeriums, daß in Hainburg "unter Mitwirkung ausländischer Gruppen österreichische Gesetze verletzt" würden und der sich gleich tags darauf zu Wort meldende Präsident der AKNÖ, Hesoun - (AKNÖ ist keine Hautkrankheit, sondern die nö. Arbeiterkammer) - entblödete sich nicht, zu behaupten, daß sich bereits "400 militärisch ausgebildete deutsche Staatsbürger in der Au" befänden. Vizekanzler Steger entdeckte außerdem noch "italienische Extremisten" in der Au, ausgerüstet mit modernsten "in Österreich verbotenen Geräten zum Abhören von Funksprüchen" (Kurier, 20.12.84).

Das Problem war allerdings, daß selbst ein Massenaufgebot an uniformierter und zivilgekleideter Polizei des Herrn Blecha, von ein

Fortsetzung der Fußnote von S.9:

vom Neusiedlersee", so sieht man sich gerade in dessen "historischen" Teilen immer wieder mit rassistischen und faschistischen Vorstellungen, mit einer "Ostmark"-Propaganda primitivster Sorte konfrontiert - kein Wunder, da König über ganze Strecken einfach die 1941 erschienenen Nazibücher "Burgenland - ein deutsches Grenzland im Südosten" und "Großdeutschlands Steppensee" abgepinselft hat.

paar Mitgliedern des Deutschen Vögelbundes abgesehen, keinen einzigen dieser nach Hunderten zählenden Ausländer konkret feststellen und der Öffentlichkeit zeigen konnte. Doch Blecha ließ sich davon nicht beeindrucken. Fand dieser Sherlock Holmes an Phantasie weit übertreffende, höchste Gendarm Österreichs schon keine Ausländer in Person, so entdeckte er doch haufenweise ihre charakteristischen Fingerabdrücke:

"Es ist geradezu erschreckend, wie die Aktionen hier in dieser Hainburger Au geradezu spiegelgleich jenen sind, die etwa beim Bau der Startbahn West in Frankfurt abgelaufen sind... die selben Pläne, die selben Organisationen, die gleichen Kommunikationssysteme, die gleichen Geräte im Einsatz, die gleichen Posten, die aufgestellt werden, die gleichen Meldegängersysteme, die gleichen Grabensysteme, die gleichen Befestigungsanlagen, die gleichen Barrikaden ... Ich sag Ihnen nur, ich hab zum Beispiel den Bericht aus Hessen ganz genau. Und da steht der Ablauf drinnen ganz genau ..." (Blecha im Fernsehen, ZiB 1, 20.12.84).

Zählt man noch dazu, daß die Demonstranten dort und da die gleichen Haare auf den Köpfen, die gleichen Schuhe an den Füßen, die gleichen Nasen mitten im Gesicht hatten, wird die Startbahn West als Kommandozentrale der Hainburger Au restlos klar.

Einen nächsten Schritt auf dem Wege der propagandistischen Vorbereitung der gewaltsamen Niederschlagung der Hainburg-Bewegung kennzeichnet das Schlagwort "Recht muß Recht bleiben!". Die Frage des Kraftwerkbaus wird damit auf die Ebene eines grundsätzlichen Problems, der Prinzipien überhaupt gehoben, bei denen sogar auch kleine Zugeständnisse ganz unmöglich seien. Schließlich leben wir in einem "Rechtsstaat" und wenn in dem von jenen, die "die Verantwortung tragen", etwas



beschlossen wird - egal was - so muß es auch unbedingt durchgesetzt werden. Die FPÖ-Abgeordnete und Staatsanwältin Partik-Pablé drückte das im Parlament wie folgt aus:

"Ich glaube auch, daß man vor einer solchen Demonstration nicht kapitulieren darf, denn schließlich gibt es die Entscheidung der zuständigen Behörde und es gehört zur Ausübung des politischen Mandats, daß Entscheidungen auch durchgesetzt werden. Dafür haben wir ja schließlich die Exekutive." (Wochenpresse, 18.12.84)

Kein "Rechtsstaat", keine Regierung könne es dazu kommen lassen, einmal getroffene Entscheidungen auf Grund des Dazwischentretens von irgendwelchen "Minderheiten", unter dem "Druck der Straße", zurückzunehmen, denn das wäre das Ende - so erregten sich jene, die immer nur eine winzige Minderheit vertreten haben. Würden wir das zulassen, erklärte Blecha schon am 11.12. im Fernsehen, so würde Österreich "in Anarchie versinken". Am selben Tag drückte es Bundeskanzler Sinowatz noch drastischer aus: Wenn wir da nachgeben, wenn deswegen nicht gebaut werden kann, "dann können wir die Republik gleich zusperrren!". Nicht anders, wenn auch

in viel salbungsvolleren Worten, der Bundespräsident Kirchschläger:

"Das Begehen eines solchen Weges darf nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sich die Bundesregierung und die Landesregierungen ihrer Verantwortung entäußern und bei allen künftigen Entscheidungen, die nicht dem vollen Konsens aller Mitbürger begegnen, sich einem Widerstand, selbst wenn er sich gewaltlos nennt und waffenlos ist, beugen werden. Eine solche Auslegung würde zur Selbstaufgabe des Staates führen." (Kurier, 2.1.85)

Erinnern wir uns an die schändlichen Vorgänge um die slowenischen Ortstafeln in Kärnten, die oft im Beisein einer beifällig grinsenden Gendarmerie immer wieder heruntergerissen wurden, nicht nur den Gesetzen, sondern auch dem österreichischen Staatsvertrag als Grundgesetz der Republik zum Hohn. Erinnern wir uns, wie erst am vergangenen 8. Dezember in Salzburg mit ganz eindeutigen österreichischen Gesetzen umgesprungen wurde. Erinnern wir uns der tausenden und abertausenden Fälle, in denen in Österreich tagtäglich Gesetze gebeugt, mißachtet, auf den Kopf gestellt werden. Da ist für die Blechas, die Sinowatz, die Kirchschläger kein "Rechtsstaat in Gefahr", da fürchtete und fürchtet keiner von ihnen das "Versinken in Anarchie", die "Selbstaufgabe des Staates". Völlig anders dagegen in einer Frage wie dem Kraftwerksprojekt in Hainburg, zu dem die gesetzlichen Grundlagen erst hinterher in einer Art zusammengeschustert und zurechtgebogen werden, die selbst abgebrühte bürgerliche Juristen in Verlegenheit bringt. Tatsächlich - Österreich ist ein "Rechtsstaat" und "Recht" ist das, was seinen Machthabern in den Kram paßt. Angesichts all dieser erregten "Law and Order"-Beschwörungen fehlte wirklich nur noch ein einziges, letztes "Argument", um die

20.12.)*. Da wird von der Polizei auch organisiert und gezielt Jagd auf Foto- und Filmapparate von Demonstranten gemacht, werden Filme herausgerissen, Verschlüsse ruiniert usw., damit die Brutalität der uniformierten Bürgerkriegsgarden womöglich nicht dokumentiert werden kann, aber den Betroffenen erklärt man grinsend, es gelte, in den Kameras nach "eventuell verstecktem Rauschgift" zu suchen. Und so weiter und so fort! Wie verfault, verkommen und verrottet, wie längst schon in die Beinkammern der Geschichte gehörend muß ein System sein, das solche Methoden nötig hat?!



"Nehmt ihm die Kamera ab und verhaftet ihn, er könnte die Tatsachen festhalten."

DER ÖGB ALS WERKZEUG ZUR NIEDERHALTUNG DER MASSESN

Der ÖGB - unter der Führung von Benya und Co. ebenso wie unter der von Böhm, Olah usw. in den Fünfziger- und Sechzigerjahren - ist praktisch seit den Anfängen der 2.österreichischen Republik eine der entscheidenden Stützen der Herrschaft des Monopolkapitals in unserem Land, eines seiner wichtigsten Werkzeuge nicht nur zur Niederhaltung, Wehrlosmachung und Disziplinierung der österreichischen Arbeiterklasse, sondern auch aller anderen Schichten der Bevölkerung, falls sie sich dem herrschenden System gegenüber widerspenstig zeigen.

Die Grundlage dieser Rolle des ÖGB, die mit der Rolle der österreichischen Sozialdemokratie un-

trennbar zusammenhängt, ist die schon seit der Jahrhundertwende erfolgte Herausbildung und Etablierung einer modernen Arbeiteraristokratie, einer gerade in Österreich zahlenmäßig beträchtlichen Minderheit, die bis zu einem gewissen Grad an der Ausbeutung der Massen des eigenen und anderer Völker mitbeteiligt und dadurch korumpiert ist.

Zur Erfüllung seiner gesellschaftlichen Funktion als Stütze und Werkzeug der herrschenden kapitalistisch-imperialistischen Ordnung bedienen sich die Führer des ÖGB verschiedenster Mittel und Formen. Eines davon ist, wie die Ereignisse rund um Hainburg gezeigt haben, auch die fallweise

* Um nicht auch selbst gänzlich unglaubwürdig zu werden, zum Teil aber auch, weil sie selbst was abbekamen, haben einzelne Zeitungen (im Gegensatz zum Staat kann man eine Zeitung abstellen) die Verlogenheit derer, die in Österreich das Sagen haben, festgestellt und mehr oder weniger energisch verurteilt.

So ätzte der "Kurier" vom 21.12.84, dem Blecha eine umfangreiche und völlig groteske "Entgegnung" aufgezwungen hatte, nur langsam begriffen zu haben, was Blechas Erklärung bedeute, die polizeiliche "Behandlung" von Journalisten in der Au mit Gummiknüeten sei lediglich "zu ihrer Sicherheit" erfolgt:

"Eine aufs Aug' ist demnach gesünder als der Anblick einer 'amtshandelnden' Truppe." Und: "Brutalität im Fernsehen ist schädlich. Also hat man Kamerateams die Linsen zerhaut. Zu unser aller Schutz ist nichts zu teuer."

Aber sogar auch dem SPÖ-Zentralorgan war die Erklärung des Generaldirektors für Öffentliche Sicherheit, Danzinger, die Demonstranten seien auf die Polizei mit "geschwungenen Fotoapparaten" losgegangen, zu dick aufgetragen. In Wirklichkeit war es halt ein bißchen anders: "Wahr ist vielmehr: die Polizei nahm photographierenden Demonstranten Apparat und Filme ab." (AZ, 21. 12.84)

Organisierung mobiler Terrorgruppen, einer Art ziviler Polizeitruppe, die den staatlichen Gewaltapparat ergänzt, ihm einen Teil der Arbeit abnimmt, gegebenenfalls sogar in den Hintergrund zu treten erlaubt, seine Demagogie als angeblich "über den Klassen stehendes, objektives Organ" erleichtert und überhaupt eine ganze Menge zusätzlicher Manövriermöglichkeiten bietet.

Im alten Rom gab es die Einrichtung der sogenannten "Prätorianergarden", einer gut organisierten und gut bezahlten bewaffneten Sonderformation, deren sich die Kaiser nicht nur als Leibgarde, sondern überhaupt als Schwert zur Durchsetzung und Sicherung ihrer unmittelbarsten Interessen bedienten. Obwohl diese nach Tausenden zählende Truppe aus Angehörigen der ausgebeuteten Klassen rekrutiert wurde, war sie infolge ihrer Privilegien ein williges, wegen ihrer Brutalität gefürchtetes Werkzeug der Herrschenden. In Hainburg zeigte sich, daß auch die ÖGB-Führung bereit ist, solche Prätorianergarden aufzustellen und gegen die Massen in Bewegung zu setzen, wo immer ihr die "Interessen des Staates", das heißt der Herrschenden, tatsächlich oder potentiell gefährdet erscheinen.

Diese Erfahrung ist indessen keineswegs neu. Besonders krass trat diese Bereitschaft der ÖGB-Führung im Oktoberstreik des Jahres 1950 in Erscheinung und der heutige 35.Jahrestag dieses großen Streikkampfes der österreichischen Arbeiter (aber auch des

* Es geht uns hier überhaupt nicht darum, die Inhalte des Oktoberstreiks von 1950 und der Hainburg-Bewegung von 1984 zu vergleichen. Selbstverständlich wäre es völlig falsch, diese beiden Ereignisse einfach nebeneinander zu stellen. Als der mächtigste Streikkampf in der bisherigen Geschichte der 2.Republik, der unmittelbar rund 200.000 Industriearbeiter, einen Großteil der Kernschichten des österreichischen Proletariats, in einen zum Teil sehr scharfe Formen annehmenden proletarischen Klassenkampf führte, hatte der Oktoberstreik von 1950 eine soziale Qualität, welche der Hainburg-Bewegung nicht nur fehlt, sondern die ihr sogar fremd und zuwider ist, da sie überhaupt kein Klassenkampf sein möchte. Ähn-

MARXISTISCH - LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

W.I. LENIN - J.W. STALIN

ÜBER

DIE ARBEITERARISTOKRATIE

- Über die ökonomischen Ursachen der Arbeiteraristokratie und die Rolle der Arbeiteraristokratie als materielle Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung
- Über die politischen, ökonomischen, ideologischen Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegenüber den verachteten Massen der abhängigen Länder
- Über die materielle Basis des Chauvinismus gegenüber den ausländischen Arbeitern und den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Länder
- Über die Notwendigkeit für die marxistisch-leninistische Partei, sich durch Abgrenzung von opportunistischen Elementen zu stärken

Anhang

K. MARX - F. ENGELS

über

Die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

115 Seiten

S 20,-

40.Jahrestags der ÖGB-Gründung) sollte benützt werden, diese Tatsache ins Bewußtsein der heutigen Generation zu bringen.

Überhaupt gibt es in den Methoden, mit denen die jeweiligen Machthaber und ihre Kreaturen im allgemeinen und die ÖGB-Führer im besonderen sowohl den Oktoberstreik 1950 als auch jetzt die Hainburg-Bewegung bekämpft haben, frappierende Übereinstimmungen*. Der politische Stil, das ganze politisch-ideologische Instrumentarium, mit dem der große ökonomischen und Entropfeungen gibt es also nur in den Methoden von Regierung und Gewerkschaftsführung im Kampf gegen diese beiden, inhaltlich so verschiedenen Bewegungen. Allerdings darf man auch nicht außer Acht lassen, daß auch der Oktoberstreik 1950 kein Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kein revolutionärer Kampf war, sondern ein im wesentlichen ökonomischer Kampf gegen den sogenannten "4.Lohn-Preis-Pakt", der einen brutalen Raubzug gegen das arbeitende Volk darstellte. Hätte die damalige Figl-Scharf-Koalitionsregierung auf diesen Pakt verzichtet, so wären die Arbeiter natürlich sofort an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt.

mische Kampf der österreichischen Arbeiter im Herbst 1950 in einen Versuch zum Sturz des Staates, in einen "kommunistischen Putschversuch" umgelogen wurde, ist nur die Extremform jener Taktik und Methodik, mit der sogar das so beschränkte Anliegen der Hainburg-Bewegung zu einer "staatsgefährlichen" Aktion, welche die Republik zur Selbstaufgabe und zum Zusperrern zwingen will, ver-teufelt wurde. Die gleiche Ähnlichkeit und Entsprechung auch in der Eile und Entschlossenheit der ÖGB-Führung, dem angeblich in Gefahr geratenen Staat auch durch Mobilisierung von zivilen Hilfstruppen mit Polizeifunktionen zu Hilfe zu kommen, also Rollkommandos in die Au zu entsenden, um die Demonstranten mit physischer Gewalt daraus zu ver-treiben.

Erinnern wir kurz daran, wie eine solche Politik vor 35 Jahren konkret aussah: Wie unlängst in Hainburg vorbereitet, wurden die Schlägergarden im Oktoberstreik aus der Bauarbeitergewerkschaft rekrutiert, deren Vorsitzender damals Franz Olah war. Gegen freie Kost und das für damals ansehnliche Taggeld von S 50,- mobilisierte Olah damals aus den Mitteln des ÖGB und von den großen Bauunternehmern großzügig durch deren ganzen Fuhrpark unterstützt, an die 2.000 käufliche, wild antikommunistische Figuren und setzte sie gegen die Streikenden ein. Wer damals selbst erlebt hat, wie diese "Bauarbeiter-Rollkommandos" funktionierten, wie sie mit ihren schwe-

ren Baufahrzeugen und Lastautos vorfu-hren und von deren Plateaus herunter, durch deren eiserne Bordwände geschützt, mit langen Holzstöcken, Ochsenziemern usw. auf Streikposten und Demonstranten einschlugen und viele von ihnen schwer verletzten, hatte diese Bilder sofort wieder im Gedächtnis, als Ähnliches ganz unverhüllt in Bezug auf Hainburg ange-kündigt und konkret vorbereitet wurde.

Daß es in Hainburg schließlich doch nicht - noch nicht - zum un-mittelbaren Einsatz dieser Ter-ror-Kommandos kam, ist alles an-dere als eine Folge der "Nachgie-bigkeit", der "Friedfertigkeit" oder "Humanität" der Benya und Co., sondern einfach dem Umstand zuzuschreiben, daß ein solcher Einsatz im gegebenen Fall weder unbedingt nötig noch für seine Veranstalter unbedingt vorteil-haft gewesen wäre.* Vorläufig ge-nügte noch die Androhung, aber wie etwa der Präsident der nie-derösterreichischen Arbeiterkam-mer, Hesoun, laut AZ vom 21.12.1984 deutlich machte, könnte man derartige Aktionen "nicht für al-le Zukunft ausschließen".

Was tatsächlich schon in Vorbe-reitung war und was gegebenen-falls anzuwenden die heutigen Olahs, die Benya und Pöder, Czettel, Hesoun, Kerschbaum usw. nicht die geringsten Hemmungen hätten, das hat der Verlauf der sogenannten "Betriebsrätekonfe-renz" vom 17. Dezember 1984 in Hainburg gezeigt.

Schon die Aufmachung dieser "Kon-ferenz" in der Art eines Konzils, das über Krieg und Frieden ent-scheidet, sprach Bände. Genüßlich

* Einen wichtigen Unterschied zwischen dem Okto-berstreik 1950 und der Hainburg-Bewegung von 1984 gibt es natürlich auch insofern, als Öster-reich damals teilweise noch von der Stalinschen Roten Armee besetzt war. Das bedeutete, daß die Machtmittel des kapitalistischen Staates, insbe-sondere Polizei und Gendarmerie, zum Teil über-haupt nicht, zum Teil nur schwer gegen die strei-kenden und demonstrierenden Arbeiter eingesetzt werden konnten, ganz abgesehen davon, daß der Polizeiapparat 1950 noch zu keinem so verläßli-chen und gut organisierten Herrschaftsinstrument des Kapitals entwickelt war wie 1984. Alles das machte den Einsatz der organisierten Streikbre-cher- und Schlägerbanden der Olah und Konsorten für die herrschende "Ordnung" natürlich beson-ders wichtig.

schilderte die "Presse" die be-wußt geschaffene "Front"-Atmo-sphäre:

"Die Szenerie in der Stadt Hain-burg hat etwas von 'Feldlager' an sich: Rauhe Männer in dicker Winterkleidung, den gelben Pla-stikhelm auf dem Kopf, prägen heute das Stadtbild. Viele von ihnen tragen grellrote Arm-schleifen: 'Ordner'... Ein dichter Kordon von derartigen Helm-männern schirmt den Eingang (zum Tagungssaal) ab. Da schlüpft kein auch noch so ab-gemagerter Umweltschützer durch ... Sowie die Stimmung nach der Versammlung ist, könnten sie dann mit Brachialgewalt dem Spuk in der Au ein Ende ma-chen." (Presse, 18.12.1984)

Nicht bloß im Beisein, sondern unter der eindeutig erkennbaren Regie der höchsten ÖGB- und AK-Funktionäre, aber auch von Regie-rungsmitgliedern, wurde in dieser seltsamen "Betriebsrätekonferenz" die Niederschlagung der Au-Demon-stranten mit physischer Gewalt, die blutige Beendigung des "Spuks in der Au" propagiert. Der Zentralbetriebsobmann des Bau-Giganten "Universale", Josef Kerschbaum, ein als "Arbeiterver-treter" maskierter Unternehmer-Gorilla, kündigte zynisch an, in den Unternehmen würden "Vorberei-tungen getroffen, daß wir am Mitt-woch mit voller Belegschaft in die Au gehen, nicht nur um frohe Weihnachten zu wünschen" ("Rund-schau", 19.12.84). Mit der glei-chen eindeutigen Tendenz sagte es auch der Präsident der nö. Arbeiterkammer, Hesoun, man wer-de den Demonstranten "nicht nur mit Worten unsere Meinung sagen, sondern sie auch in anderer, ge-eigneter Form zum Ausdruck brin-gen" (Rundschau, 19.12.1984). Da-mit ja niemand Zweifel haben kö-nne, wie diese "andere Form" aus-sehe, verdeutlichte es ein "Kol-lege" Kerschbaums:

"Wir nehmen unsere Brechstang-en mit, damit die Polizei endlich lernt, wie man mit die-

Das Gesicht der Arbeiteraristokratie



Einer der Haupt-schreier nach der Aufstellung von Rollkomman-dos, welche die Au-Demonstranten mit Brechstangen niederschlagen sollten: Josef Kerschbaum, Zen-tralbetriebs-ratsobmann des Bau-Giganten "Universale".

sen Leuten umgeht" (Profil, 31.12.84)

Ein Parlamentsabgeordneter, der SP-Nationalrat und VEW-Betriebs-rat Rechberger, verkündete:

"Wenn i durt außi fahr, nimm i mir an von die Langhaarigen, geh mit eahm hinter die Baam und i garantier Euch, der kummt von durt nimmer so bald viri !" (Dieser Ausspruch wurde im Fern-sehen, in der Sendung "Politik am Freitag" vom 11.1.85, dem ÖGB-Präsidenten Benya dokumen-tiert, der dazu aber nichts sagte.)

Es war die Ankündigung nackter Gewalt, des Dreinhauens mit Brechstangen, Schaufel- und Kram-penstielen gegen Demonstranten, die sich schon wegen ihrer Gandhi-Ideologie nicht wehren würden, es aber angeblich auch garnicht könnten, denn "wir" - so Kerschbaum - "sind körperlich stärker als die Backhendln in der Au drunten" (Kurier, 19.12.84).

Das SPÖ-Zentralorgan "AZ" hatte schon ein plastisches Beispiel des Kommenden vor sich, als es einen angeblichen Vorfall vom Vortag lustvoll ausmalte: Aus ei-nem von Demonstranten am Fahren behinderten Bus mit Holzfällern "steigt ein Arbeiter aus und wischt gleich vier von ihnen mit einem Streich ins Gebüsch" (AZ, 18.12.1984).

Abonnieren Sie

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Öster-reichs (MLPÖ)

Inlandsabonnement für 10 Nummern . . . S 165,-

Auslandsabonnement im Direktversand ö.S 280,-

Österr. Postcheckkonto Nr. 1738481

Ob jene Herrschaften, die - ein Heer von Polizisten und Gendarmen hinter sich - solche verzückten Schilderungen zu Papier bringen und Gewaltankündigungen und Gewaltanwendungen gegen Demonstranten derart verklären, nicht außerordentlich wehleidig sein werden, wenn in einer proletarischen Revolution, die auch in Österreich eines Tages Realität sein wird, eine echte proletarische Faust sie beim Kragen nehmen wird?

Auch die von ÖGB- und AK-Führung sowie von Vertretern der Sino-watz-Regierung bis zum Exzeß aufgeputschte Hainburger "Konferenz" demonstrierte erneut die abgrundtiefe Doppelzüngigkeit und Verlogenheit deren, die heute in Österreich Macht ausüben. Sie, die angeblich nichts so verabscheuen wie die "Gewalt" und nichts so sehr zu lieben vorgeben wie "Humanismus", "Menschenwürde", "Toleranz", "Konsens" usw. usf. - hier ließen sie alle Masken fallen und zeigten ihr wahres Gesicht. Sie, die um die Wahrung des "Rechtsstaats" so bemühten, angesichts der angeblichen Gefahren des Abgleitens in den "Anarchismus" so besorgten Herrschaften - hier sah man sie am Werk, wie sie das Faustrecht organisierten, zugunsten von E-Wirtschaft und Bau-Unternehmern Schlägertrupps nach dem Vorbild Olahs aufrüsteten, die Androhung eines umfangreichen Blutvergießens in der Au, das eben sie selber vorbereiteten, zur Erpressung und Einschüchterung der Öffentlichkeit verwendeten. Und all das war beileibe kein "Über-die-Stränge-schlagen" irgendwelcher sogenannter "unverantwortlicher Elemente", sondern die Aktion der Spitzen von ÖGB und AK, von führenden Parlamentariern und Regierungsmitgliedern, wesentlicher Teil einer Strategie und Politik, deren Haupteinheitscher Benya nicht nur Präsident des ÖGB, sondern als Erster Präsident des Nationalrates zugleich auch der höchste Parlamentarier Österreichs ist!



ÖGB-Präsident Anton Benya

Zur Androhung und konkreten Vorbereitung der Zerschlagung der Hainburg-Bewegung durch "gewerkschaftliche" und betriebliche Schlägerkommandos kam folgerichtig das andere klassische Herrschaftsmittel reaktionärer Minderheiten: die Politik des Auspielens und Gegeneinanderhetzens eines Teils der Beherrschten und Ausgebeuteten gegen einen anderen, die alte Politik des "Teile und herrsche".

Es war schon ein glatter Betrug, der nur reaktionären Spaltungsinteressen dienen konnte, daß fast die gesamten österreichischen Medien die Au-Schützer mit "den Studenten und Intellektuellen" und die nach Gewalt gegen sie rufenden Kraftwerksbefürworter mit "den Arbeitern" gleichsetzte und den ganzen Konflikt so als Kampf zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz darzustellen versuchte.* Einzelne bürger-

* Daß unter den Au-Demonstranten auch eine Menge junger Arbeiter, Lehrlinge, junge und ältere Bauern, aber auch ältere Arbeiter sowie ältere Menschen überhaupt waren, weiß nicht nur jeder, der dort war, sondern ging auch aus der Berichterstattung in den Medien hervor. Und daß es für an fixe Arbeitszeiten gebundene Menschen sowie für ältere Leute bedeutend schwieriger war als für andere, sich bei Wintertemperaturen für längere Zeit in die Au zu begeben, sagt schon der gesunde Menschenverstand. Doch im Grunde ist das nicht das Entscheidende.

Fortsetzung der Fußnote auf S. 19

liche Farbverkehrer wie etwa Herr Lingens vom "Profil" faselten sogar einiges in Richtung eines Konflikts zwischen arm und reich, wozu sie als "Beweis" die ganz unbeweisbare und sicher nicht zutreffende Behauptung servierten, die Demonstranten hätten in ihren Haushalten mehr Geschirrwaschmaschinen als der Rest der Österreicher (Lingens im "Club 2" vom 8.1.85), während die Masse der Österreicher eben noch mehr Kraftwerke brauche, um auch in den Genuß solcher Wohltaten wie Geschirrwaschmaschinen kommen zu können.

Wenn schon nicht an Dummheit, so zumindest an Niederträchtigkeit wird all das jedoch vom dem übertriffen, was die Organisatoren der Hainburger "Betriebsrätekonferenz" an organisierter Verhetzungs- und Spalterpolitik boten. So erhitzte sich dort der AK-Präsident Czettel:

"Wir nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß hier in diesem Land Studenten tun können, was sie wollen: Studenten, für die Ihr alle arbeitet, damit sie studieren können, damit sie in die Au fahren können, um gegen die Vernunft und gegen Österreich zu demonstrieren!" (Presse, 18.12.84)

Ganz im gleichen Stil zeterte der Präsident der nÖ.AK, Hesoun darüber, daß "die Studenten in der Au ja nur deshalb studieren und jetzt demonstrieren könnten, weil die Arbeiter ihnen das er-

Fortsetzung der Fußnote von S. 18:

Entscheidend ist, daß die Teilnahme vieler Studenten und Intellektueller, von Angehörigen des Kleinbürgertums und auch der Mittelschichten an einer Massenbewegung, sei es die Friedensbewegung, die Antiatombewegung oder auch bloß die Bewegung zur Rettung der Hainburger Au, noch kein für ihre Einschätzung ausreichendes Kriterium ist.

Zweifelloos spielt die soziale Zusammensetzung eine sehr wichtige Rolle, beeinflusst sie sehr wesentlich das vorhandene politisch-ideologische Niveau, den Grad der Neigung zu Illusionen und zu faulen Kompromissen usw., fördert oder beeinträchtigt sie sehr stark die Schlagkraft, die Erfolgsmöglichkeiten, die Entwicklungsaussichten, die Zukunftsträchtigkeit einer gesellschaftlichen Bewegung, aber dennoch ist ihr politischer Inhalt keine unmittelbare Funktion ihrer hauptsächlich sozialen Zusammensetzung. Wer das bestreitet, ersetzt den dialektischen Materialis-

möglichen". Er rechnete vor, daß "ein Student dem Staat pro Jahr 65.000 Schilling koste - Geld, das die Arbeitnehmer mit ihren Steuern bezahlen müssen" (Zeit im Bild 2 vom 17.12. und Kronenzeitung vom 18.12.84). Hesoun stellte dem gegenüber, daß ein Arbeiter selbst nicht mehr als 100.000 Schilling im Jahr verdiene, selbst bei schwerster Arbeit, während diese Studenten... siehe oben. Wer hat Herrn Czettel jemals so tief bedauern sehen, daß die österreichischen Arbeiter so wenig verdienen? Wer hat ihn jemals so "scharfe Töne" anschlagen gehört, wenn es um die Millionenprofite der Unternehmer, der Industriellen, der Bankiers, der Regierungspolitiker usw. ging, ganz zu schweigen von den hundert Millionen, die manche seiner Parteifreunde und andere Etablierte jährlich durch Unterschlagungen und Betrugereien abzweigen? Ihm und seinesgleichen sind Studenten nur so lange zu ertragen, solange sie willfährige Werkzeuge des kapitalistischen Systems sind, es genügt aber schon die geringste Abweichung von dieser Rolle, das bescheidenste Aufmucken, um sie in "Abzähler", in Schmarotzer zu verwandeln, die nur viel kosten und nichts wie Scherereien bringen, in arbeitsscheue Drohnen, ja in Volksfeinde, deren Schädlingsarbeit der "demokratische" Staat törichterweise auch noch bezahlt! Schlimmer noch: nicht nur vom Geld der österreichischen Steuerzahler lebt angeblich dieses Un-

mus durch einen mechanistischen.

Auch die Zielsetzungen und Absichten der führenden Repräsentanten einer solchen Bewegung können allein nicht schon ihren ganzen Charakter und ihre Rolle fixieren, denn in vielen Fällen kommt etwas heraus, was garnicht beabsichtigt war.

Schließlich spielt auch eine wesentliche Rolle, wie die Herrschenden auf die betreffende Bewegung reagieren. Ungeachtet des unmittelbaren Anliegens der Hainburg-Bewegung kann man sicher sagen: hätte ihr die Regierung Recht gegeben und ihren Forderungen weitgehend entsprochen, das womöglich noch als Beweis für die Realität der "Demokratie" in Österreich und die Richtigkeit des "gewaltlosen Weges" ausgeschlachtet, so müßte man die Hainburg-Bewegung natürlich wesentlich anders beurteilen als angesichts des tatsächlichen Verhaltens der Regierung zu ihr, das allerdings konkrete Gründe hatte.

die Sinowatz-Regierung diese ihr gebotene und von ihr selbst und allen mittelbaren und unmittelbaren Agenturen des herrschenden Systems geschaffene Möglichkeit nicht benutzt hätte, ein Exempel zu statuieren und sich dem Monopolkapital, dessen Sprecher Krejci schon äußerste Alarmschreie ausstieß*, als die Lage "fest im Griff" habend vorzustellen.

Schon vor ihrem Prügelangriff hatten Polizei und Gendarmerie versucht, die zeitweilig bis 3.000 Köpfe zählenden Demonstranten in der Au, darunter auch ältere Leute und Frauen mit ihren



"Sieht man den Wald vor lauter Bullen sieht..."

alle Zufahrten besetzten und die Versorgung der Demonstranten mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Decken usw. unterband. In einem Fall wurde sogar einem Arzt der Zutritt zu den Demonstranten verweigert (Kurier 18. 12.). Nachdem aber weder die "Generäle Hunger und Durst" noch der "General Winter" sehr erfolgreich waren und auch die Androhung von Haftstrafen bis zu 2 Wochen wenig Eindruck machte, erfolgte am Mittwoch, dem 19. Dezember 1984, der unmittelbare Einsatz der



DEMONSTRANTENLAGER WURDEN BEI EINSATZBEGINN VON GENDARMEN UMSTELLT

Kindern, auszuhungern, auszudursten und auszufrieren, indem sie

* Nach der Entscheidung des SP-Landesrates Brezovsky, des amtlichen niederösterreichischen "Umweltschützers", für den Kraftwerksbau die Genehmigung zu erteilen, also am Vorabend der Zuspitzung der Lage in der Au, gab die "Arbeiterkammer Niederösterreich" ein spezielles "Nachrichten"-Blatt heraus und ließ es als Postwurfsendung an alle Haushalte versenden. In dieser Reklameschrift für den Kraftwerksbau, deren Herstellung und Versendung natürlich aus den Mitteln der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter und Angestellten finanziert wurde, stellte die AKNO eine volle Seite für einen Artikel des Generalsekretärs der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Prof. Herbert Krejci, zur Verfügung. Krejci zollt darin zunächst dem SPÖ-Landesrat Brezovsky höchstes Lob und prognostiziert dann das Ende der "Demokratie" in Österreich, falls das Hainburger Kraftwerk nicht gebaut werde. Unter anderem heißt es in dem von der Arbeiterkammer verbreiteten Unternehmerartikel:

"Endlich eine erste Entscheidung in Sachen Kraftwerk Hainburg! Hut ab vor jenem (Brezovsky!), der den Mut hatte, sich zu dieser Entscheidung zu bekennen. Denn es geht nicht nur um ein Projekt der Energiewirtschaft, so wichtig das im einzelnen auch sein mag, es geht um viel mehr: letztlich um die demokratische Ordnung in unserem Land..."

"Faust des Staates", wie es der SPÖ-Generalsekretär Peter Schie-

Nach einer wilden Schimpfkanonade gegen "militante Minderheiten", die unlautere Mittel anwenden, die öffentliche Meinung zu manipulieren suchen, die demokratisch gewählten Führungsorgane dieses Landes unter Druck setzen, damit eine "Horrorvision" für unsere Demokratie heraufbeschwören, eine "Meinungsdiktatur", die früher oder später eine "Änderung unserer Staats- und Wirtschaftsordnung", aber auch den Zugriff in andere Lebensbereiche zur Folge haben müßte, fertigt Krejci die Au-Demonstranten als Menschen ab, "die keine Verantwortung für andere tragen", "fast noch nie in ihrem Leben praktische Arbeit geleistet haben" usw. Gegen diese verantwortungslosen Fäulnisse fordert der Sprecher der Großindustriellen die österreichischen Arbeiter auf, sie mögen "ihre Stimme in einer machtvollen Demonstration kundtun", zumal die Kraftwerksgegner ja durchwegs reiche Leute seien, nämlich eben "jene, die die Umwelt mit Zweithäusern und der allwöchentlichen Fahrt dorthin verschandeln und verpesten, die sämtliche Annehmlichkeiten elektrischer Haushaltsgeräte für selbstverständlich ansehen", ihren Einkaufsbummel vornehmlich in der Wiener Innenstadt absolvieren und ihn mit Päckchen aus den dortigen Nobelgeschäften beschließen, statt durch die Au zu wandern usw.

Der Artikel Krejcis gipfelt in der Stellung der

Fortsetzung der Fußnote auf S. 25

der am gleichen Tag in "Zeit im Bild 2" nannte.

Es waren mehr als 1000 Polizisten und Gendarmen, darunter auch die "Terroristenbekämpfungstruppe COBRA" und die Polizeihundestaffel, außerdem eine nirgends genannte Zahl von Kriminalbeamten in Zivil, von Polizeispitzeln usw., die diese "Faust" bildeten. Übereinstimmend bestätigen alle Betroffenen und unmittelbaren Augenzeugen, aber auch fast alle von Zeitungen, Radio und Fernsehen gebrachten Berichte, daß mit größter Brutalität vorgegangen wurde. (Siehe Kasten auf S. 27/28). Der Umstand, daß etliche der Geschlagenen die Bundeshymne zu singen begannen oder den

Fortsetzung der Fußnote von S. 24:

"Frage nach der Zukunft Österreichs" und es ist schon klar, daß laut Industriellen Sprecher eine solche überhaupt nur durch den Bau des Kraftwerks Hainburg, durch das Wärmekraftwerk Dürnrohr, durch Eröffnung des Atomkraftwerks Zwentendorf sowie durch die Schaffung aller Voraussetzungen für eine "expansionsfähige Industrie", eine "wettbewerbsfähige Wirtschaft", durch mehr "Arbeit und vor allem Geld" für sie gesichert werden kann.

Wie sich die "Argumente" gleichen: Ob Industriellenvereinigung oder Regierung, ob Unternehmer oder ÖGB und AK, ob in verschiedenen Zeitungen oder in einundderselben sagen sie dem arbeitenden Volk faktisch das gleiche, vertreten sie gleiche Interessen, die des Kapitals, der Ausbeuter und Unterdrücker.

Schlägern rotweißrote Fahnen entgegenstreckten, hinderte diese nicht im geringsten, den Prügelbefehl auszuführen, womöglich noch mit besonderem Engagement. Polizisten, denen vom Schlagen schon die Hände erlahmten und die daher nachließen, wurden - wie etwa die "Presse" vom 20. 12. 84 berichtete - "von ihrem Kommandanten mit Handschlägen in den Rücken angetrieben, weiter auf die Burschen und Mädchen einzuschlagen."

Die Brutalität der "Faust des Staates", insbesondere seiner kasernierten und direkt für den Einsatz gegen Demonstrationen gedrillten Einheiten, geht auch aus den bekanntgewordenen Zahlen der Verletzten hervor. So hat es nach einer vom "Kurier" am 7. 2. 85 veröffentlichten Erhebung "auf Seiten der Au-Schützer mindestens 200 Verletzte gegeben", darunter wenigstens 18 Fälle schwerer Verletzungen. Doch das sind nur die zahlenmäßig erfaßten Fälle. Nicht wenige Verletzte haben es aus Sorge, nun auch noch in einer Polizeikartei erfaßt zu werden, vorgezogen, keine ärztliche oder Spitalsbehand-



Knüppelchen, du grünes...

lung zu riskieren. Den Leiter des Krankenhauses Hainburg, Prim. Dr. Zacherl, hat das veranlaßt, vor einer Unterschätzung der Spätfolgen solcher Verletzungen zu warnen und Opfer der Polizei aufzufordern, sich wenigstens nachträglich einer ärztlichen Untersuchung auf möglicherweise gar nicht so harmlose Verletzungen zu unterziehen (Kurier, 21. 12.84).



Im Zuge der Polizeiaktion vom 19. Dezember wurden auch zahlreiche Verhaftungen von Demonstranten vorgenommen. Ihre Zahl wurde teils mit 48, teils mit 56 angegeben. Unter den Verhafteten befindet sich kein einziger Ausländer.

Der österreichische Staat hat seinen Einsatz gegen die Demonstranten in der Au zugleich auch als eine Art von "Bürgerkriegsübung" vorbereitet und durchgeführt. Das ergibt sich aus verschiedenen "flankierenden", im gegebenen Fall höchst lächerlichen "Vorsichtsmaßnahmen" wie etwa einer besonderen Bewachung von Regierungsgebäuden, der Einführung besonderer "Sicherheitskontrollen" bei ihrem Betreten usw. Beim niederösterreichischen Regierungsgebäude in der Wiener



FPÖ-Abgeordnete Partik-Pablé im Parlament:
"Dafür haben wir ja schließlich die Exekutive!"

Innenstadt zum Beispiel wurde der Haupteingang tagelang überhaupt geschlossen gehalten und man konnte es nur durch den Hintereingang in der Minoritengasse betreten (Presse, 22./23.12.84). Übungszwecke für kommende Fälle diente zweifellos auch der polizeiliche Aufwand, mit dem die Walkie-Talkies der Demonstranten abgehört, der CB-Funk durch Störsender zeitweilig unmöglich gemacht, die Demonstranten aber auch durch über Funk kommende falsche "Alarme", Falschmeldungen und irreführende "Kommandos" angeblicher Zentralen oder Führer der Au-Bewegung verunsichert und provoziert wurden.

Fortsetzung auf S.29



Innenminister Blecha:
"Behauptungen von einem 'brutalen Einsatz' der Beamten weise ich entschieden zurück!"

DIE BRUTALITÄT DER STAATLICHEN SCHLÄGERBANDEN

(Aus Berichten von Opfern und Augenzeugen, wie sie selbst in bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurden)

"Keuchend sind sie die Böschung heraufgestürzt. Die Schlagstöcke gezückt, hochgereckt, als wollten sie eine Meute wild gewordener Hunde erschlagen. Oben, auf der Dammkrone, knüppeln sie ein. Wobin es trifft. Vor ihnen die Zusammengetriebenen. Es war Punkt 6,28 Uhr, als sie im Laufschrift aus Nebel und Nacht auftauchten, eine unheilvolle Kette... Jedem Einzelnen jagen sie nach, immer noch im Kordon, die Männer in den Uniformen. Treibjagd. Menschenhatz... Der Kommandant mit dem Megaphon treibt seine Leute an, treibt die Demonstranten an. Mit hochrotem Kopf, wie Django mit gespreizten Beinen, wie ein Feldherr hinter zwei Beamtenketten unangreifbar, brüllt er plötzlich etwas von 'Waffengewalt anwenden!' Seine Untergebenen schreien 'Bravo, Bravo!' Angefeuert, angestachelt, tritt der Kommandierende selbst los, knüppelt ein, tritt, tritt noch einmal drauf. Andere ihm nach...

Auf einmal stolpert ein Mädchen aus dem Geäst. Blut rinnt übers Gesicht, Tränen, Schock. Nach dem Schlag sei sie noch gegen einen Baum gestoßen worden, sagt sie... Es schüttelt sie. Von der Brücke signalisieren ein paar Schlachtenbummler aufhetzende Zustimmung. 'Wenn wir da unten wären, da würdet ihr erst schauen!'

Da schleppen sich vier Burschen über die Wiese, mit blaugeschlagenen Gesichtern, blutgeränderten Nasen. 'Die haben einfach zug'haut, jetzt, beim Zurückgehen...' (Marianne Enigl in "Profil", 22.12.1984)

"... tauchen plötzlich überall Polizeibeamte mit Schutzhelmen, scharfen Hunden und Gummiknüppeln auf. Auch das Gendarmeriekommando, das für die Terroristenbekämpfung ausgebildet ist, versuchte die Demonstranten durch Kettenbildung einzukesseln. Eine Menschenjagd begann... Wie eine Mauer drängten die Gendarmen die Demonstranten auf den Damm. Oben angelangt, stießen sie die jungen Menschen, die immer wieder riefen: 'Wir wollen keine Gewalt, wir wollen nur Bäume schützen', den Damm hinunter... Kurz vorher hatten die Wiener Polizisten ihrem Einsatzleiter applaudiert, als er nach dreimaliger Warnung den Befehl zur Gewaltanwendung gab...

Die Ärzte und Schwestern des Krankenhauses in Hainburg mußten sich den ganzen Donnerstag um Verletzte kümmern, die mit der Rettung oder von Freunden in die Ambulanz gebracht worden waren ... wie viele nach Wien gebracht wurden, war zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt. 'So muß es im Krieg sein', erzählt die 25jährige Sozialarbeiterin Manuela, die mit einer schweren Gehirnerschütterung und Platzwunden im Spital liegt. 'Die Leute sind auf dem Boden gesessen und die Polizisten haben mit Schlagstöcken auf sie eingedroschen und sie getreten.' ("Kr.Ztg." 20.12.1984)

"Die Polizisten werden von ihrem Kommandanten mit Handschlägen in den Rücken angetrieben, weiter auf die Burschen und Mädchen einzuschlagen... Das anschließende Vorgehen von Beamten (diesmal sind es Gendarmen) gegen Aubesetzer auf dem nahen Damm - die Demonstranten werden mit Gummiknüppeln über die Böschung in die Tiefe geschlagen - ruft sogar die Empörung eines diensthabenden Arztes hervor." ("Presse" 20.12.1984)

"Ein 600 Mann starkes Räumkommando der Wiener Polizei verwandelte mit bisher nie gesehener Brutalität die Stopfenreuther Au Mittwoch früh in ein Schlachtfeld: Beamte knüppelten, traten mit den Stiefeln, schlugen mit Fäusten, warfen und stemmten sich gegen 1000 friedliche Umweltschützer, als wären es Soldaten eines feindlichen Heeres. Blutverschmierte Gesichter, Ohnmächtige, Schwerverletzte, Nasenbrüche, Tragbahnen. Wieder Fußtritte, Schmerzensschreie und der verzweifelte Sprechchor der Naturschützer: 'Aufhören, aufhören!'... Trotzdem sausten schon die Gummiknüppel wahllos in die Menschenkette der Umweltschützer..." ("Kurier", 20.12.)

"Ich sah, wie eine Frau brutal zusammengeschlagen wurde und, als sie schon am Boden lag, von mehreren Beamten mit Gummiknüppeln weitergeprügelt wurde, obwohl sie schreiend und weinend Einhalt gebot. Anweisung des Einsatzleiters an die Beamten: 'Die Dame ist jetzt fällig!' Worauf die Beamten weiter auf sie einschlugen."

"Ich saß am Boden und versuchte, die Schläge, die mich vor allem am Kopf trafen, abzuwehren, indem ich mit meinen Unterarmen den Kopf abdeckte. Drei Beamte schlugen dabei gleichzeitig auf mich ein. Wie später im Spital in Hainburg festgestellt wurde, brach dabei der Speichenknochen in Nähe des Handgelenks."

"Der erste Schlag traf meinen Kopf, und es wurde mir schwarz vor den Augen. Auch nachher war ich noch benommen. Während der Schläge weinte und schrie ich um Einhalt und bat um eine Verhaftung. Ich merkte, wie infolge der Schläge meine Nase zu bluten begann. Neben mir sah ich, wie alle anderen ebenfalls geschlagen wurden. Ich verbürge mich dafür, daß alle Teilnehmer dieser Aktion völlig gewaltfrei blieben, keiner der Beamten tötlich angegriffen oder sich auch nur auf sie zubewegte. Sie konnten sich daher auf keinen Fall von uns angegriffen fühlen."

(Aus dem Gedächtnisprotokoll von Hannes Marteschin, Wien 12., mitunterschieden von H. Hochmeister und J. Eder, veröff. in "Profil" vom 7.1.1985)

Fortsetzung auf S.28

Fortsetzung von S. 27

"Die Gendarmen und Polizisten hätten 'ein perfektes Chaos' inszeniert, einzelne Uniformträger mit dem Schlachtruf 'Die Säue prügeln wir nieder' Jagd auf Jugendliche gemacht: 'Sie haben sogar auf Mädchen losgedroschen. Uns allen sind die Tränen heruntergeronnen. Ich hätte so etwas in einem Land wie Österreich nie für möglich gehalten', schilderte Klaus Truschner, Student der Veterinärmedizin, dessen Arme mit blauen Flecken übersät waren." ("Wochenpresse" 24.12.1984)

★

"Bereits um acht Uhr waren zwei Arrestantenwagen randvoll mit 'Aubesetzern'. Darunter auch der Kurier-Reporter. Das Klagegeld aller: Die

BEI EINER "AMTSHANDLUNG" DER ÖSTERREICHISCHEN EXEKUTIVE ZUZUSEHEN, IST AUCH FÜR VERTRETER DER BÜRGERLICHEN MEDIEN GEFÄHRLICH

"Vor allem die Truppe der Wiener Polizei kannte keine Schonung: Frauen und Kinder wurden geschlagen, Männer in Gräben gestoßen und geprügelt, Journalisten verprügelt. Kameras zweier TV-Teams wurden zerstört und Filme aus diversen Fotoapparaten gerissen." ("Kurier", 20.12.84)

★

"Den 'Kurier'-Reporter Christian Purkhart trifft ein Gummiknüppel, ein Fotograf der 'Krone' wird brutal niedergeworfen, dem Fotoreporter der Zeitung 'Die Presse', Rudolf Blaha, gelingt es nicht mehr rechtzeitig, im Unterholz zu verschwinden. Er wird von Beamten der Alarmabteilung der Gendarmerie, die mit Helmen, Schlagstöcken und Messern ausgerüstet sind, über eine Böschung gestoßen. Auch 'Krone'-Reporter Karl Wendl und Erich Schönauer, denen vom 'Kuratorium Sicheres Österreich' eine 'Ehrenurkunde' für besondere Verdienste um die Sicherheit Österreichs überreicht wurde, schienen 'aktiven Widerstand' gegen die Arbeit der Exekutive zu leisten - als stille Betrachter. Wendl bekam einen Schlag mit dem Stock ab, Schönauer wurde die Kamera entrissen...

... einige der Mädchen, deren Ideale brutal zerstört wurden, weinen. Sie sind mit den Nerven am Ende, die panikartigen Situationen haben

UND SO GING ES SCHON ZU, ALS BLECHA NOCH KEINEN KNÜPPELEINSATZ BEFOHLEN HATTE:

"Ich sah nur Menschen, die wie Puppen durch die Luft flogen. Ich werde den Augenblick nie vergessen, wie sich die Gendarmen mit haßerfülltem Blick auf uns stürzten."

(Aus dem Bericht von Valerie Publik, Wien 21., einer 48-jährigen dreifachen Mutter, die mit gebrochenem Knöchel ins Spital gebracht werden mußte, nachdem sie Gendarmen am 11.12.1984 eine Böschung hinuntergeworfen hatten. "Kr.Ztg.", 12.12.1984)

★

Polizei schlägt wie wild zu. 'Die sind offenbar auf einen Einsatz wie in der Gassergasse oder in der Arena programmiert', so die Meinung.

Franz K., Magistratsbeamter der MA 12: 'Ich habe eine rotweißrote Fahne mitgehabt. Damit haben sie mich gewürgt.'

Dr. Karl Sch., Forstwissenschaftler: 'Die haben mich mit Handschellen abgeführt.' Er zeigt blutunterlaufene Striemen...

Gerhard P., ein Wiener Taxifahrer, kann erst nach 20 Minuten erzählen: 'Mich haben sie einfach so niedergehaut. Ich kann nicht laufen, weil ich einen genagelten Arm habe.'... ("Kurier", 20.12.84)

die Emotionen derartig angeheizt, daß einigen sogar übel wird und sie sich übergeben..." ("Kr.Ztg" 20.12.1984)

★

"Die Gummiknüppel der Polizei trafen auch Kurier-Reporter Christian Purkhart, Michael Matuschka und Wilhelm Theuretsbacher. Purkhart kehrte mit schweren Prellungen, einer Beule am Kopf und einem unbeweglichen linken Arm sowie starken Nierenschmerzen in die Redaktion zurück. Einem Team des Deutschen Fernsehens ARD wurde die komplette Ausrüstung zerstört... Einer Fotografin wurde der Film aus der Kamera gerissen, einem Kollegen das Fotoobjektiv zertrümmert, auch die Kamera eines ORF-Teams beschädigt. Ferner wurden die Journalisten Blaha, Schröpfer und Wendl verletzt." ("Kurier" 20.12.)

★

"Mich hat der Polizist, Dienstnummer 3021, mit dem Helm hinten auf den Kopf geschlagen. Die Kamera, Kosten rund 1,6 Millionen Schilling, ist kaputt. Ich bin verletzt. Jetzt verhaftet..."

(Kameramann Dorchholz vom ARD, laut "Kurier" v. 20.12.84)

★

"Als Gendarmen versuchten, eine Menschenkette, die sich auf dem Zufahrtsweg aus Protest auf den Boden gesetzt hatte, auseinanderzureißen, sprang mir ein Beamter mit den Füßen auf den Brustkorb.. Ich konnte nicht reden, ich bekam keine Luft.. ein Glück, daß mir der Inspektor nicht auf den Bauch gestiegen ist."

(Bericht von Lore Schönburg, Biedermannsdorf, 70 Jahre, über den Gendarmerieeinsatz vom 13. Dezember, nachdem sie mit gebrochenen Rippen ins Krankenhaus eingeliefert wurde, lt. "Kr. Ztg." 14.12.1984)

DIE ANGST DER HERRSCHENDEN VOR DEM VOLK oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Es ergibt sich die Frage, warum die Sinowatz-Regierung den Prügeleinsatz gegen die Au-Demonstranten überhaupt befohlen, das gewaltsame Vorgehen mittels Polizei und Gendarmerie für notwendig erachtet hat, statt sich zumindest mit einem Teil der Au-Schützer bzw. ihren bekanntesten Sprechern zu arrangieren. Angesichts der Bescheidenheit der Forderung, ein Stück Auwald zu retten, und angesichts des demonstrativen Bekenntnisses der Demonstranten zur "Gewaltlosigkeit", ja sogar zur Anerkennung "ordnungsgemäßer" amtlicher bzw. gerichtlicher Entscheidungen, hätte eine solche Möglichkeit zweifellos bestanden, ohne daß allzu schwerwiegende technische Probleme entstanden wären. Dazu kommt, daß der unmittelbare Einsatz des Staatsapparates als Organisation der Gewaltausübung, als Unterdrückungsmaschine, als Instrument der Diktatur, die Herrschenden immer auch einiges "kostet", weil das den Staatsapparat in seiner wahren Funktion und Rolle als Herrschaftsinstrument zeigt und die demagogischen Verbrämungen und Tarnungen dieser Rolle zumindest für einige wichtige Augenblicke zerreißen. Warum nahm die Sinowatz-Regierung das in Kauf?

Insbesondere von seiten etlicher ÖVP-Politiker und Journalisten, aber auch seitens verschiedener Führer und Sprecher der Au-Schützer gibt es auf diese Frage die simple Antwort, der Grund liege in der "Unfähigkeit", in einer "Fehlhaltung" oder auch "Dummheit" einzelner oder auch aller Mitglieder dieser Regierung, die durch ihr "unverhältnismäßiges" oder "unangebrachtes" Vorgehen gerade jener gesellschaftlichen Ordnung schade, welche die Umweltschützer doch erhalten und mit mehr "Lebensqualität" austatten wollen.

Es bedarf kaum einer geistigen Kraftleistung, um die Untauglichkeit einer solchen läppischen Darstellung zu erkennen. Sie erklärt gar nichts, verhindert sogar, daß auch nur eine einzige Frage wirklich erkannt und geklärt wird.

Aufschlußreicher sind die Begründungen und Erklärungen jener, die den Einsatz der "Faust des Staates" mit Knüppeln, Polizeihunden und Wasserschläuchen als richtig und notwendig verteidigen. Im wesentlichen argumentieren sie auf zwei eng miteinander verbundenen Linien, die geradezu in "Reinkultur" in einem Artikel von Prof. Fritz Klenner im Organ des ÖGB und der AK "Arbeit und Wirtschaft" 2/85 zum Ausdruck kommen. Klenner, ein alter SP-Demagoge, der seine konterrevolutionären, extrem antikommunistischen Positionen gerne als besonders "demokratisch", manchmal sogar als "antifaschistisch" maskiert, schreibt:

"Wenn Recht und Gesetz in unserem Land nicht mehr gelten sollen, weil es die Stimmen irregeleiteter junger Menschen zu gewinnen gilt, dann kann eine Entwicklung eingeleitet werden, von der man nicht weiß, wie sie einmal endet. Man muß den Anfangen widerstehen."

"Es ist leicht, die Jugend entsprechend ihrem Temperament zu ungesetzlichen Demonstrationen und Mißachtung der Behörden zu verleiten, aber es ist schwer, ihr dann Achtung vor dem Staat beizubringen."

"Ähnlich der Studentenrevolte des Jahres 1968 spielen bei den Au-Besetzern und ihren Anhängern untergründig viele Motive mit, und der Kraftwerksbau in Hainburg ist nur ein auslösendes Moment des Unmuts."

"Nicht alle, die heute als Schützer der Umwelt auftreten, meinen es ehrlich... Absichten, politische Süppchen zu kochen.." ("Arbeit und Wirtschaft" 2/85, alle Hervorhebungen von uns)

Hier ist alles schön beisammen: Erstens geht es um die "Achtung vor dem Staat", um die "Staatsraison" (auch diese verlangt Klenner zu verteidigen), um das Prinzip, daß das, was eine Behörde anordnet, auch durchgesetzt wird - mit allen Mitteln und um jeden Preis, denn andernfalls ist die Autorität, das Ansehen, die "Raison" des Staates und damit auch er selbst in Gefahr. Zweitens: Man weiß nie, was herauskommt, denn auch wenn es vordergründig nur um ein Kraftwerk oder ein Stück Auwald geht, "untergründig" spielen sicher auch andere Gründe mit, vollzieht sich das Ganze in einer Atmosphäre des "Unmuts" überhaupt, mischen sich Kräfte ein, die - man denke! - "politische" Absichten haben; kurz und gut, man muß gleich die Anfänge ausmerzen, sonst wächst einem das Ganze vielleicht über den Kopf!

Vom Standpunkt der Erhaltung und Sicherung des kapitalistisch-imperialistischen Systems als der auf Ausbeutung und Unterdrückung der Massen des Volkes basierenden Herrschaft einer winzigen Minderheit, eines Systems noch dazu, das ständig mit Krisen und Kriegen schwanger geht und seine ganze Fäulnis in immer katastrophaleren Formen zeigt, ist die Argumentation Klenners durchaus folgerichtig.

So wie er als typischer Vertreter der Agentur des Monopolkapitals in der Arbeiterschaft denkt, so denken auch die Sinowatz und Benya, die Blecha, Schieder, Czettel, Hesoun usw. Und im großen und ganzen haben die Unterdrücker und Ausbeuter der Massen in allen Zeiten so gedacht. Deswegen haben die arbeitenden Menschen, die "kleinen Leute", den großen Herren an der Spitze des

Staates und der Gesellschaft auch die kleinen und kleinsten Zugeständnisse fast immer nur in harten und härtesten Kämpfen abringen können, haben die Machthaber die "Staatsraison" immer wieder als Grund angeführt, warum man nicht einmal "Bittschriften" des Volkes beachten dürfe, und eben deshalb haben die Arbeiter schon im vorigen Jahrhundert, wenn Polizei und Militär gegen ihre Demonstrationen eingesetzt wurde, das Spottlied gesungen: "Der Staat ist in Gefahr, der Staat, der nie ganz sicher war..."

Vorgehen gegen Demonstranten:

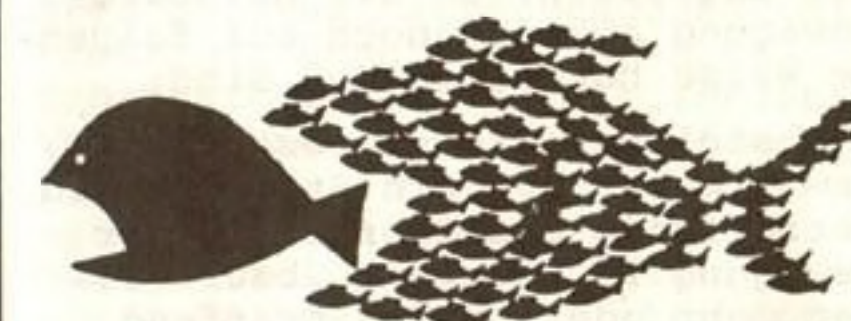
„Polizisten waren wie Tiere“

Das Faksimile einer Schlagzeile aus dem Organ der Regierungspartei, der "Arbeiter-Zeitung", vom 19. Dezember 1984, am Tag der Niederprügelung der Demonstranten in der Hainburger Au.

Wie objektiv doch diese "AZ" das Vorgehen von Charlie Blechas Prügelpolizei beschreibt! Falsch geraten! Die "AZ" schreibt hier über das revisionistische Polen - im demokratischen Österreich wäre doch sowas bestimmt nicht möglich! "Nieder mit den Diktaturen, in denen die Polizei das Volk niederknüpelt!"

Natürlich spielt auch blanke, bewußte Demagogie eine gewichtige Rolle, wenn die herrschende Klasse und ihre Statthalter von "staatsgefährlichen" Tendenzen, Bewegungen, "Umtrieben" udgl. reden. Gerade bei der Hainburg-Bewegung wurde das besonders deutlich. Aber nicht immer und nicht zur Gänze ist das bloße Demagogie, bis zu einem gewissen Grade ist es auch wirkliche Angst. Es ist die ganz und garnicht so abwegige Angst der Herrschenden vor dem Volk. Mag sie unmittelbar in 999 von 1000 Fällen auch maßlos übertrieben oder ganz unbegründet sein, auf lange Sicht gerechnet und insgesamt ist sie durchaus verständlich. Auf die Dauer wird diese Angst allerdings nichts helfen.

Manchmal nimmt die Angst der herrschenden Minderheit vor den von ihr unterdrückten und ausgebeuteten Massen extreme Formen an. Ein köstliches Beispiel dafür liefert das "Profil" des Herrn Lings, das schon im gemeinsamen Beten einer größeren Menschenmenge eine potentielle Gefahr für den Staat sieht, weil man eben nie wissen kann, was dahinter steckt, wenn sich das Volk zusammenrottet. Über einen Artikel zur Au-Bewegung setzt das "Profil" den Übertitel: "Wenn 10.000 Bürger für die Au beten, kann einem leicht mulmig werden"! Warum das, wenn die Priester laut "Profil" doch ohnehin so "warm und klug" predigen, den "Geist der Gewaltlosigkeit" in die Hirne träufeln, die mit ihren Prügeln bereitstehenden Polizisten und Gendarmen in ihre Gebete einschließen, weil die doch bloß ihre Pflicht tun, usw.? Ja, "es wäre alles sehr idyllisch... wenn sich nicht das verdamnte Gefühl einstellte, daß es manchen... nur darum geht, 'de-



nen da oben' eins auszuwischen.." (Profil 1/85).

Nicht einmal wenn er betet, kann man so einem Demonstranten trauen. Ob man in Österreich nicht vielleicht zu der weitblickenden Anordnung aus der Zeit der Metterniche zurückgehen sollte: "Wenn ihrer drei beisammen stehn, so solln sie auseinandergehn!"?

FREIHEITLICH DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

Noch investieren sie
unsere Arbeit
auf ihre Konten.

Noch haben sie
Mittel und Macht
viele zu verdummen

Noch sprechen Richter
ihr Recht
und Polizisten
schlagen für sie

Noch drohen
ihre Prediger
uns mit der Hölle.

Noch gewähren sie
manche Freiheiten jenen
die sie nicht stören

Noch reden sie
von Demokratie,
aber die anderen Pläne
sind schon perfekt

Noch befolgen Soldaten
ihre Befehle
und Arbeiter
schmieden ihnen
immer noch Waffen.

Noch ist alles
in bester
freiheitlich
demokratischer
Grundordnung.

A.T.

DIE MARXISTEN-LENINISTEN UND DIE HAINBURG-BEWEGUNG

oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wie sich gezeigt hat, gibt es Menschen, die sich als Revolutionäre betrachten, mit dem Marxismus-Leninismus sympathisieren und etliche seiner Lehren durchaus begreifen, an die Hainburg-Bewegung aber dennoch auf folgende Weise herangegangen sind:

Sie stellten die so bescheidene, unmittelbar nur ein Stück Auwald betreffende Grundforderung der Bewegung in Rechnung, beurteilten mehr oder minder treffend die Vorbilder und Leitfiguren sowie die als Sprecher dieser Bewegung hervortretenden Kräfte, zählten dazu die ganz und gar untaugliche, lähmende und reaktionäre Ideologie der "Gewaltlosigkeit", des Wunderglaubens an "Demokratie" und "Rechtsstaat", des Hoffens auf den Kardinal oder den Bundespräsidenten, um unter diese traurige Bilanz schließlich einen Strich zu ziehen und zum Urteil zu kommen, diese Bewegung sei eindeutig reaktionär, ein Revolutionär habe in ihr nichts zu suchen und man sollte über sie zur Tagesordnung übergehen. Möglicherweise hätten die Betreffenden etwas anders geurteilt, wenn in der Au wenigstens vorwiegend echte Proletarier gewesen wären, sie fanden stattdessen jedoch vorwiegend Studenten, Intellektuelle, Künstler vor, von einigen Anarchisten, Rockern und Punkern sowie ein paar Neonazis garnicht zu reden. Und dann auch noch ausgerechnet die "Kronen-Zeitung", die sich zum Organ der Bewegung zu machen versucht, für sie sammelt usw. Was bleibt da einem Revolutionär noch anderes übrig, als sich mit Schaudern abzuwenden, über diese Bewegung einfach den Stab zu brechen? Mögen sie sich die Nenning und Meissner-Blau, die Lorenz und Lötsch, die "Grünen" aller Schattierungen an den Hut stecken!

Zweifellos - eine solche Herangehensweise kann sich auf eine Menge unbestreitbarer Fakten berufen, sie scheint ungeheuer "kompromißlos" und "revolutionär", ist dazu noch recht bequem, weil sie eine Menge schwierige Arbeit erspart und gibt schließlich sogar auch noch die Möglichkeit, jeden, der sie nicht teilt, von "links" her anzugreifen und des Illusionismus und Opportunismus zu verdächtigen. Dessenungeachtet ist eine solche Herangehensweise grundsätzlich falsch, widerspricht sie fundamental dem Marxismus-Leninismus. Insbesondere widerspricht sie dem bekannten Axiom des Marxismus-Leninismus, daß es nicht genügt, die Gegebenheiten zu interpretieren, sondern es darauf ankommt, sie zu verändern. Sie "vergißt", daß der Marxismus-Leninismus eine Anleitung zum Handeln ist. Faktisch bedeu-



tet sie die Entmannung des Marxismus-Leninismus zu einer Rechtfertigungsphilosophie für fern vom Schuß bleibende Besserwisser, die - wie Stalin einmal spottete - auf dem Standpunkt des Marxismus nicht stehen, sondern darauf liegen.

Bei einer Bewegung wie der rund um Hainburg, aber auch bei jeder anderen, die sich bewußt oder unbewußt gegen die Auswirkungen und Folgen des kapitalistischen Systems richtet und dabei mit dem Staatsapparat dieses Systems in mehr oder weniger offenen Konflikt gerät, kann ein Revolutionär, ein Marxist-Leninist, unmöglich die Haltung eines unbeteiligten Zuschauers einnehmen, sondern muß sich unmittelbar angesprochen und als Beteiligter fühlen. Natürlich muß er alle negativen Züge und Kräfte in einer solchen Bewegung, ihre Unzulänglichkeiten, Illusionen, reaktionären Einflüsse usw. erkennen und berücksichtigen, doch nicht, um sich enttäuscht abzuwenden, sondern um eine richtige Antwort auf die entscheidenden Fragen zu finden: wie kann und muß ich eingreifen, um die Sache vorwärtszubringen, das Schlechte zum Besseren zu wenden, das Negative und Reaktionäre wirkungsvoll zu bekämpfen? Wo immer die Friedhofsruhe der verfaulenden alten Gesellschaftsordnung durch eine solche Bewegung durchbrochen wird, die Dinge in Fluß geraten, sei es vorläufig auch nur auf einem winzigen Sektor und in noch so beschränkter und unzulänglicher Weise, müssen sich die Revolutionäre überlegen: Wo können wir einhaken, wo gibt es Ansatzpunkte, um die Sache in eine revolutionäre Richtung zu bringen, was muß man daran unterstützen und was bekämpfen, wo gibt es aktuelle oder potentielle Bundesgenossen und wer sind die, die man entlarven muß usw. Selbstverständlich ist auch eine "Gesamteinschätzung" der betreffenden Bewegung nötig, doch der entscheidende Maßstab dafür muß die Frage sein, ob letzten Endes eine Erhöhung und Stärkung des Bewußtseins der Beteiligten und der Massen überhaupt, eine zumindest teilweise Überwindung von Illusionen herauskommen wird oder umgekehrt eine Schwächung des Bewußtseins und eine Vermeh-

rung von Illusionen. Und keinesfalls darf eine "Gesamteinschätzung" zu einem Pauschalurteil werden, das jegliche Differenzierung zwischen verschiedenen beteiligten Kräften, insbesondere zwischen den "Führern" und den "Geführten" verunmöglicht.

Ein klassisches Beispiel des marxistisch-leninistischen Herangehens an eine Massenbewegung, die trotz der ungeheuerlichen Beschränktheit der sie leitenden Vorstellungen, trotz unendlicher Illusionen, trotz einer ausgesprochen reaktionären, ja von der Polizei gekauften Figur an ihrer Spitze, sich letzten Endes gegen die etablierte Ausbeuterordnung richten mußte, haben die Bolschewiki am Vorabend der russischen Revolution von 1905 gegeben. Es lohnt sich, dieses Beispiel in Erinnerung zu bringen:

Um die sich entwickelnde russische Arbeiterbewegung in "friedliche" und "patriotische" Bahnen zu lenken, wurden im zaristischen Rußland nach der Jahrhundertwende unter der Ägide und Kontrolle des Chefs der Geheimpolizei Subatow legale "Arbeitervereinigungen" gegründet, die kleinkarierten Reformismus betrieben, um legalistische Illusionen, Vertrauen zum Zaren und seiner Regierung sowie einen verlogenen "Patriotismus" zu verbreiten. Oft standen Polizeispitzel oder Pfarrer an der Spitze dieser Vereinigungen. In Petersburg gelang es einer dieser Figuren, Gapon - der beides war: Pope und Polizeiagent - eine solche legalistische Vereinigung aufzuziehen, die Ende 1904 bereits 9.000 Mitglieder zählte und noch weit mehr Sympathisierende beeinflusste. Damals wurden in den Putilow-Werken 4 Arbeiter entlassen, die der Gapon'schen Vereinigung angehörten. Es kam zu einem Streik, aus dem sich eine mächtige Bewegung mit schließlich 150.000 Streikenden entwickelte. Gapon tat alles, um zu verhindern, daß die Bewegung seiner Kontrolle entgleitet und die damals noch sehr schwache SDAPR Einfluß gewinnt. Also organisierte er eine große friedliche Bitt-Demonstration, die dem Zaren eine Petition überreichen sollte, die in einer Reihe von Versammlungen beschlossen

worden war. Kirchenfahnen, Heiligenbilder und Zarenporträts vor sich hertragend und die Zarenhymne singend, setzte sich der Zug, dem sich mehrere zehntausend Menschen anschlossen, am Sonntag, dem 9. (22.) Jänner 1905 in Bewegung. Faktisch hatte er den Charakter einer riesigen Prozession; es gab in ihm weder irgendeine rote Fahne noch Transparente oder andere kämpferische Symbole. Doch so "unschuldig" dieser Massenbittgang zum Zaren auch war – die zaristische Regierung sah sich bedroht und beschloß, ein Exempel zu statuieren, wofür sie bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen hatte. Ungeachtet der Kirchenfahnen und der Zarenhymne wurde das Feuer gegen die Demonstranten eröffnet, von denen über 1000 getötet und mehr als 2000 verwundet wurden. Das war der berühmte "Blutsonntag" vom Jänner 1905 in Petersburg.

Für den zaristischen Staatsapparat endete der Tag mit einem eindeutigen Sieg über das Volk, für die Opfer und ihre Angehörigen war es ein Tag des Unglücks und der Trauer, für die revolutionäre Bewegung jedoch ein entscheidender Meilenstein, ein Tag, an dem die Illusionen vieler tausender Menschen zerschlagen und durch revolutionäres Bewußtsein ersetzt wurden. Das war allerdings kein automatisches, selbsttätiges Ergebnis dieses Tages, sondern das Ergebnis zwei-

er entscheidender Faktoren: der bitteren eigenen Erfahrungen der Massen und der Aktivität, der richtigen Politik der Bolschewiki.

Obwohl die Bolschewiki natürlich sahen, welchen unmittelbaren Charakter und Inhalt die Bitt-Prozession zum Zaren hatte, welche Kräfte an ihrer Spitze standen, obwohl sie sogar wußten und eindringlich gewarnt hatten, daß gegen die teilnehmenden Massen ein Blutbad vorbereitet wurde, nahmen sie schon an den die Demonstration vorbereitenden Versammlungen teil, versuchten die Aufnahme substantieller Forderungen in die vorbereitete Petition durchzusetzen und waren am 9. Jänner mitten unter den Massen – ständig bemüht, ihre Illusionen zu bekämpfen, ihnen die revolutionäre Wahrheit beizubringen, ihr Bewußtsein zu heben. In der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang" heißt es dazu:

"Die Bolschewiki marschierten zusammen mit den Arbeitern. Viele von ihnen wurden getötet oder verhaftet. Gleich an Ort und Stelle, auf den von Arbeiterblut überströmten Straßen, erklärten die Bolschewiki den Arbeitern, wer der Schuldige an dieser gräßlichen Missetat sei und wie man gegen ihn kämpfen müsse." (S.74)



Die Niederschießung der Arbeiter vor dem Winterpalais

Es geht bei diesem Beispiel nicht darum, die Hainburg-Bewegung als eine Art Gaponischer Bitt-Demonstration und den "Prügel-Mittwoch" in der Hainburger Au als kleinen "Blutsonntag" darzustellen, sondern es geht uns hier um die Haltung der Bolschewiki zu einer Massenbewegung, mit deren unmittelbaren Inhalten und Zielen, mit deren Methoden und Formen sie sich natürlich nicht identifizieren konnten. Hier liegt die Parallele und das, woraus österreichische Revolutionäre lernen sollten.

Egal, ob Herr Nenning ein österreichischer Gapon ist oder nicht – einige Parallelen werden sich wohl finden –, entscheidend ist, daß man von den Bolschewiki u.a. lernen muß, zwischen den an der Spitze einer Bewegung stehenden Kräften und den Teilnehmern dieser Bewegung klar zu differenzieren, wobei die zentrale Frage gar nicht ist, wieviele und welche Illusionen sie derzeit haben, wie hoch ihr ideologisches Niveau und ihr Bewußtsein bereits ist, sondern ob sie imstande und willens sind, zu lernen, ob man sie als potentielle Bundesgenossen an irgendeiner Front des Kampfes gegen das kapitalistische System betrachten kann, ob es vielleicht sogar denkbar und möglich ist, den einen oder anderen von ihnen direkt für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Zumindest was einen wesentlichen Teil der Au-Demonstranten betrifft, muß man diese Frage unbedingt bejahen.

Das schon deswegen, weil der Kampf gegen die Ruinierung der Umwelt im Grunde ein Kampf gegen eine der unvermeidlichen Auswirkungen des kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftssystems ist. Wenn das einem "Umweltschützer" noch nicht klar ist, kann und muß man es ihm beibringen – es sei denn, daß sich zeigt, daß ihm die Erhaltung der bestehenden "Ordnung" letzten Endes wichtiger ist als alles ande-

Weihnachten 1984

Faksimile aus dem "Kurier" vom 20.12.1984:
Zu den Schlägen auch noch der Spott!



SÜSSER DIE GLOCKEN NIE KLINGEN

re. Dann wird man aber auch das zeigen können und müssen und ihn vor wirklich um die Umwelt besorgten Menschen entlarven können.

Doch in Wahrheit geht es bei einem wesentlichen Teil der Demonstranten in der Au eben nicht nur um Umweltfragen. Im Grunde haben das die Regierenden, hat schon Polizei und Gendarmerie das mit der "Faust des Staates" unterstrichen. Auch Klenner unterstreicht es, wenn er den unter den Au-Demonstranten herrschenden, weit über den unmittelbaren Anlaß hinausgehenden "Unmut" denunziert.

Dieser "Unmut", diese Verdrossenheit also, hat viele Komponenten, im großen und ganzen aber ist sie Ausdruck einer wohl noch dunklen und unklaren, aber dennoch oft tiefgehenden Unzufriedenheit mit konkreten Erscheinungsformen des herrschenden Gesellschaftssystems weit über die Umweltproblematik hinaus, mit einer auf alle Rücksichten pfeifenden "Ordnung", der nicht der Mensch und seine Bedürfnisse im allgemeinen, sondern der Profit einiger weniger das Maß aller Dinge ist. Bis zu einem gewissen Grad äußert sich in diesem "Un-

mut" auch die Enttäuschung und Verbitterung über die Tatsache der alles durchdringenden Korruption und hemmungslosen Selbstbereicherung derer, die "an der Quelle sitzen", der Millionenverdiener in Politik und Wirtschaft, die Zehntausende und Hunderttausende seelenruhig einer Gegenwart und Zukunft voll Unsicherheit und Gefahren überlassen, während sie selbst sich die Taschen füllen. Und nicht zuletzt schwingt in diesem "Unmut" der Zorn und die Empörung über die maßlose Verlogenheit und verlogene Anmaßung einer herrschenden Clique, die umso willkürlicher und autoritärer, umso volksfeindlicher ist, je mehr sie von "Demokratie" und "Freiheit" erzählt, von "Werten", an deren Verwirklichungsmöglichkeit in der gegebenen Gesellschaftsordnung die Demonstranten in der Au und die Umweltschützer überhaupt derzeit noch glauben.

Mag der genannte, sich aus vielen Bestandteilen zusammensetzende "Unmut" vorläufig auch noch so voll von Illusionen und Fehleinschätzungen sein, mögen seine Träger heute auch noch glauben, all das, was ihren Widerstand herausfordert, ließe sich ohne Revolution, ohne revolutionären Sturz der bestehenden Ordnung, ohne Aufbau einer ganz neuen Gesellschaftsordnung, beseitigen, hat dieser "Unmut", diese Unzufriedenheit und dieser Widerstand dennoch eine potentielle Sprengkraft. Denn die gemachten Erfahrungen wirken in Richtung des Zerschlagens von Illusionen, stellen die Hoffnung, es werde auch friedlich und gewaltlos, ganz ohne Revolution gehen, immer mehr in Frage, sie eröffnen damit reale Möglichkeiten, den Unmut und die Unzufriedenheit auf die Stufe revolutionärer Erkenntnisse zu heben - wenn, ja wenn es Kräfte gibt, die das tun, die die Entwicklung nicht dem "Selbstlauf" überlassen (was bloß hieße, alle Aktivität der Reaktion zu überlassen), sondern

bewußt eingreifen, aktiv in dieser Richtung tätig werden, um aus Möglichkeiten Wirklichkeiten zu machen.

Sicher ist das nicht leicht, gibt es dabei Hindernisse und Schwierigkeiten. Zum Teil liegen sie natürlich bei den Betroffenen selbst, bei ihren Vorurteilen, beim starken Einfluß reaktionärer Ideologien, Kräfte und Elemente auf sie. Zum Teil liegen sie aber auch bei uns, bei den Marxisten-Leninisten.



Manche Genossen neigen dazu, angesichts besonders großer Illusionen, besonders abwegig erscheinender Ansichten wie des Märchenglaubens an die Wirksamkeit der "Gewaltlosigkeit", wie Leugnung und Ablehnung des Klassenkampfes oder weitgehender Ignoranz gegenüber sozialen Fragen, die ungleich brennender sind als die Erhaltung einer Aulandschaft, angesichts solcher "Einseitigkeit" und "Rückständigkeit" die Diskussion von vornherein als "aussichtslos" zu betrachten und erst garnicht anzufangen. Das ist ein schwerer Fehler. Die offenkundige Tatsache, daß bei weitem nicht jeder solche Mensch überzeugt werden kann, ist kein Argument dafür, es bei keinem zu versuchen. Sogar wenn sich in einer Diskussion herausstellt, daß sie mit dem unmittelbaren Gesprächspartner zu keinem positiven Ergebnis führen wird, sei es, weil er so verbohrt ist oder garnicht verstehen will,

ist diese Diskussion vor allem dann nicht unnütz, wenn sie in einer Gruppe von Beteiligten und Zuhörern erfolgt, wie das in der Hainburger Au die Regel war. So manche Diskussion wird unter solchen Umständen garnicht so sehr zur Überzeugung des direkten Diskussionspartners geführt, sondern wegen des einen oder anderen Zuhörers im Hintergrund, der sich an der Diskussion möglicherweise zunächst garnicht beteiligt, aber drüber nachdenkt und danach ein persönliches Gespräch anknüpft.

Überhaupt durch nichts zu rechtfertigen ist eine Überheblichkeit gegenüber Menschen, die infolge Mangels an Erfahrungen und Wissen noch sehr tief in bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Vorstellungen stecken. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Überheblichkeit an sich schon ein Beweis dafür ist, daß der Betreffende selbst noch weit von einem wirklichen Revolutionär, von einem Marxisten-Leninisten entfernt ist, sollte er doch daran denken, wie lange er wohl selbst reaktionäre Vorstellungen und zutiefst bürgerliche Ideologien mit sich herumgeschleppt hat, bevor er zu revolutionären Einsichten gekommen ist, wobei gewiß andere, bewußtere Menschen erforderlich waren, um ihm dazu zu verhelfen.

Damit sind wir bei der noch wichtigeren Frage, woher die Menschen, die revolutionärer Überzeugung zugänglich, proletarischen Bewußtseins fähig wären, dieses heutzutage denn beziehen sollten. Wo sind denn die großen Klassenkämpfe, aus denen sie lernen, in denen sie wachsen könnten, und wo sind die Revolutionäre, die ihnen revolutionäres Bewußtsein hätten beibringen können? Die Gewißheit, daß diese großen Klassenkämpfe unvermeidlich kommen werden und die Zahl an echten Revolutionären auch in unserem Land unbedingt zunehmen wird, ändert leider nichts an der Tat-

sache, daß der letzte große Streikampf in Österreich 35 Jahre zurückliegt, die Zahl der Revolutionäre winzig klein, ihre Partei immer noch sehr schwach ist und daß das meiste von dem, was ein normaler arbeitender Mensch in den vergangenen drei Jahrzehnten als "revolutionär", "kommunistisch" oder "marxistisch-leninistisch" serviert bekam, reichlich abschreckend, in Wirklichkeit weder das eine noch das andere war.

Daher darf man auch nicht annehmen, urplötzlich werde ein von hohem Klassenbewußtsein und revolutionärer Zielklarheit erfüllter mächtiger Klassenkampf losbrechen, dem man sich dann umso hingebungsvoller anschließen könne. Das zu hoffen, hieße auf ein Wunder zu warten, denn ein solcher Klassenkampf fällt nicht unvorbereitet vom Himmel, son-

Die im April 1985 erscheinende Nr. 215 der "Roten Fahne" enthält u.a. Artikel

O Zum Kampf um die 35-Stundenwoche

O Zum englischen Bergarbeiterstreik

dern kann sich nur aus zahllosen Einzelkämpfen, aus kleinen Bewegungen mit zunächst wahrscheinlich sehr bescheidenen Zielen entwickeln, durch das mühsame, widerspruchsvolle, von Rückfällen, aber auch von Phasen rascher Entwicklung begleitete Erwerben einer Masse von Erfahrungen und Erkenntnissen, auf deren Basis eine marxistisch-leninistische Partei revolutionäres Bewußtsein in die Massen hineinträgt. Solchen Einzelkämpfen und Teilbewegungen gegenüber, mögen sie zunächst auch noch so bescheiden und beschränkt erscheinen, überheblich zu sein, sie nicht maximal, unter sorgsamster Ausnutzung auch der kleinsten Ansatzpunkte, zur Schärfung des Bewußtseins der Massen zu nutzen, hiesse, auch nichts für die Ermöglichung und Vorbereitung größerer und bewußterer Kämpfe zu tun.

breitete man, allein schon die Person Charlies sei sowas wie eine Garantie, daß die Exekutive niemals mehr gegen das Volk "mißbraucht" werden könne. Rascher als gedacht, wurde diese Illusion dann in der Au mit Polizeiprügeln erschlagen.

Als Blechas FPÖ-Ministerkollege, Justizminister Ofner, in einer Fernseh-Sendung die "g'sunde Watschen", also die Körperstrafe, als unverzichtbares Erziehungsmittel für Kinder und Jugendliche empfahl, gab es in der "linken Szene" der SPÖ große Empörung und der "linke" Charlie Blecha stand fest auf Seiten der Empörten. Man kann

ihm sogar glauben, daß er seine Kinder nicht ohrfeigen, vielleicht nicht einmal seinen Hund schlagen würde. Wahrscheinlich ist er ein guter Familienvater, ein langjähriges Mitglied des Tierschutzvereins, jemand, der einem Bettler sogar ein Fünfschilling-Stück in den Hut wirft und nicht zusehen kann, wenn ein Huhn für den Küchentisch geopfert wird. Doch das alles hindert ihn nicht im geringsten, in seiner Rolle und Funktion als "Staatsmann", den staatlichen Gewaltapparat einzusetzen, um den Au-Demonstranten samt Frauen

Fortsetzung der Fußnote von S.39:

nassen zum revolutionären Kampf, also zur Anwendung revolutionärer Gewalt bekennen, heißt natürlich nicht, daß sie in der Hainburger Au mit Totschlägern, Dolchen und Revolvern gegen die Polizei vorgehen wollten, daß sie für die Anwendung aller Formen der Gewalt, einschließlich der bewaffneten Gewalt als ihrer höchsten Form, zu jeder Zeit, unabhängig von den gegebenen Bedingungen und Voraussetzungen sind. Wer das in Frage stellt, ist offenkundig selbst ein Provokateur.

Die Verurteilung jeglicher "Gewalt" kann sogar auf die faktische Rechtfertigung der Anwendung reaktionärer Gewalt hinauslaufen. Wenn einige als Sprecher der Hainburg-Bewegung auftretende

mit kleinen Kindern - die sie oft sogar im Vertrauen auf den wenn schon nicht wirklich "linken", so doch jedenfalls "humanen" und "volksverbundenen" Charlie mitgenommen haben - zuerst die Zufuhr von Nahrung, Trinkwasser, Decken gegen die Kälte



Blecha bei der "Instruktion" der Polizeischläger für den Au-Einsatz

usw. abzusperren und sie dann erbarmungslos niederprügeln zu lassen, mit Polizeihunden zu hetzen und mit Eiswasser zu durchnässen. Das "humanistische" Gesicht Charlies als Gegner der "Watschen" bleibt daheim, sobald er ins "Amt" fährt: als Politiker, als Mitglied von Parteiführung und Regierung läßt er die Polizeiprüge tanzen, und zwar im Masseneinsatz.

Nicht selten wird hier eingewendet - zum Beispiel von der "Kronen-Zeitung" - daß Polizeiknüppel relativ harmlose Gewaltinstrumente seien und es einen

Fortsetzung auf S.42

Personen gegen die polizeiliche Niederknüppelung der Demonstranten mit dem "Argument" protestiert haben, daß diese doch keine Gewalt angewandt hätten, diese sogar grundsätzlich ablehnten, so suggeriert diese Argumentation, daß die bewaffnete Aktion der Polizei, sei es mit Prügeln oder auch mit stärkeren Waffen, dann berechtigt sei, wenn Demonstranten sich Gewalt "zuschulden kommen lassen" oder sich zur "Gewalt" bekennen - wobei es auch noch der Polizei überlassen bleibt, festzustellen, was bereits "Gewaltanwendung" sei. In Hainburg haben die staatlichen Gewalttäter bekanntlich selbst eine solche Argumentation verwendet: die Demonstranten hätten eigentlich ja doch zur "Gewalt" gegriffen, also müßte man sie niederprügeln.

MARX UND ENGELS ÜBER DEN STAAT

"Die Staatsmacht war immer die Macht zur Behauptung der Ordnung, das heißt der bestehenden Gesellschaftsordnung und daher der Unterordnung und Exploitation der produzierenden Klasse durch die aneignende Klasse gewesen."

K.Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Zweiter Entwurf, 1871, MEW 17, S.593

"Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art."

Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S.166, 1884.

"Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat, der in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt."

Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S.170/171

"So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital."

Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S.167

"Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die 'Verwirklichung der Idee' oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt... In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie".

Engels, Einleitung zu Marx' Bürgerkrieg in Frankreich, 1891, MEW 22, S.198/199.

"Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern."

Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S.257/258, 1872

"Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist."

Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1880, chinesische Einzelausgabe S.94, bzw. Anti-Dühring, MEW 20, S.260)

großen Unterschied ausmache, ob man prügeln oder schießen läßt. Daß da ein Unterschied ist, läßt sich nicht leugnen, doch ist es ein gradueller und kein grundsätzlicher Unterschied. Wesentlich aber ist, daß die Art und das Ausmaß der Gewaltmittel, die der Staatsapparat jeweils einsetzt, natürlich von der jeweiligen Situation bestimmt wird und nicht von der "Gemütlichkeit" des Polizeiministers! In Hainburg hätte auch der "Watschen"-Minister Ofner selbstverständlich noch nicht schießen, sondern "nur" prügeln lassen. Geht es aber um die großen, für die herrschende Klasse, aber auch für die arbeitenden Massen entscheidenden Fragen, so wird notfalls auch ein "linker" Blecha ebenso selbstverständlich den Schießbefehl geben wie ein "rechter" Ofner. Wäre Gustav Noske im Jänner 1919 mit Prügeln ausgekommen, so hätte er sich damals wie Blecha in Hainburg verhalten. Und die Blecha werden sich wie die Noskes verhalten, wenn es um Bewegungen geht, die jenes kapitalistische Ausbeuter- und Profitsystem ernsthaft in Frage stellen, das die Blechas aller Sorten verwalten und verteidigen, weil sie dessen Nutznießer sind.

"Einer muß der Bluthund werden..."

Stand man im Arbeitszimmer Oberts umher. Ich forderte, daß ein Entschluß gefaßt werde. Darauf sagte jemand: „Dann mach' du doch die Sackel!“ Worauf ich kurz entschlossen erwiderte: „Reinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“ Reinhardt meinte, auf den Vorschlag habe er eigentlich immer gehofft. Ein Beschluß wurde mündlich so formuliert,

Das Geständnis des Bluthundes Noske.
Eine Stelle aus seinen Erinnerungen.

Unsere dritte hauptsächliche Argumentationslinie muß schließlich den Umweltschutz selbst betreffen. Als Marxisten-Leninisten wissen wir zwar und werden daraus auch nie ein Hehl machen, daß es für die überwältigende Mehrheit des Volkes heute noch unmittelbar weit brennendere Probleme, unvergleichlich akute-

re Gefahren gibt als jene aus der Umweltproblematik, doch kommt es nicht darauf an, die Umweltproblematik und die Gesellschaftsproblematik einander gegenüberzustellen, sondern muß man sie verbinden und in die richtige Beziehung zueinander setzen.

Kein verantwortungsbewußter Mensch kann heute ernsthaft Tatsachen bestreiten wie die fortschreitende Verschmutzung, Vergiftung und Zerstörung entscheidender Bereiche der natürlichen Umwelt der Menschen, der Luft, des Wassers, der Wälder usw.; wie die immer ernster und gefährlicher werdenden Auswirkungen dieser Entwicklung schon auf die heutige Generation und erst recht auf kommende Generationen; wie die Notwendigkeit, gegen diese gefährlichen Erscheinungen und Entwicklungen anzukämpfen und nach wirkungsvollen Maßnahmen zur Beseitigung oder wenigstens zur Verminderung dieser Gefahren zu suchen. Wer diese Tatsachen leugnet, ist einfach ein Ignorant.

Die Feststellung der Tatsache einer fortschreitenden Umweltgefährdung und Umweltzerstörung sowie ihrer zwangsläufigen Folgen ist das eine. Das andere, un-

gleich Wichtigere ist die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung, damit verbunden die Frage nach Maßnahmen, die die Probleme an der Wurzel packen und sich nicht in hilflosem Flickwerk erschöpfen, schließlich

lich die Frage, woher der oft überaus heftige Widerstand gegen solche Maßnahmen kommt, welche Interessen dahinter stecken. Hier liegen die entscheidenden Ansatzpunkte der Marxisten-Leninisten in bezug auf die Umweltproblematik.

In Österreich wie in anderen Ländern hat sich die Umweltschutzbewegung bisher vor allem als

Fortsetzung auf S.44

LENIN ÜBER DEN STAAT

"Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassen herrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen 'Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt..."

Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.399. 1917.

"Der Staat ist eine besondere Machtorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse."

Lenin, ebenda, S.415.

"Worin besteht hauptsächlich diese Macht? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben... Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht".

Lenin, ebenda, S.401.

"S t a a t, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere..."

Lenin, ebenda, S.469, Sperrungen im Original.

"Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere."

Lenin, Über den Staat, LW 29, S.469. 1919.

"Der Staat ist eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, eine Maschine, um alle unterworfenen Klassen in der Botmäßigkeit der einen Klasse zu halten."

Lenin, ebenda, S.471.

"Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Instanz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie."

Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.425. 1917, Sperrung im Original.

"Marx hat dieses Wesen der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!"

Lenin, ebenda, S.475, Sperrung im Original.



"unpolitische", nicht in den Bereich der Politik gehörende, ja mit diesem Bereich auch garnichts zu tun haben wollend und sollend, vorgestellt. Dabei wird so getan, als treffe die Umweltzerstörung alle Menschen in gleicher Weise*, säßen da alle Menschen auf dem gleichen Ast, hätte darum auf diesem Gebiet die Klassenfrage, das System der sozialen Beziehungen überhaupt nichts verloren. Diese Vorstellung einer Art von "Volksgemeinschaft" zumindest auf dem Umwelt-Sektor ist das unverkennbare Werk jener Kräfte, welche die Umweltschutzbewegung für ihre reaktionären Zwecke ausnützen und für die Herrschenden ungefährlich machen wollen. Wie verlogen die Behauptung ist, die Umweltfragen betreffen jeden Menschen in gleicher Weise, weshalb es da ein gemeinsames, übereinstimmendes Interesse "aller" gebe, wird schon klar, wenn man etwa einen Unternehmersprößling, der in einer Villa mit Park im schönsten Grünviertel lebt, reichlich Zeit und Geld für Urlaube, Sport, Kuraufenthalte usw. hat, einem Arbeiterkind gegenüberstellt, das neben dem Rauchfang eines Chemiewerkes in einem Hinterhof aufwächst, in einem zur Kloake gewordenen Bach badet usw.

Doch es ist nicht nur so, daß die Folgen der Umweltvergiftung die Menschen je nach ihrer sozialen Zugehörigkeit ganz und garnicht in gleicher Weise treffen, sondern die Probleme selbst, ihre Ursachen wie ihre Bekämpfungsmöglichkeiten, berühren unmittelbar Machtverhältnisse. Daher gibt es gerade bei den Maßnahmen zum Schutz der Umwelt keine "gemeinsamen Interessen aller", sondern einander entgegengesetzte Interessen, was der Grund ist, warum auf dem Gebiet des Umwelt-

* Eben das tun auch die KPÖ-Revisionisten, die tatsächlich behaupten:

"Es ist wahr, daß alle Menschen gleichermaßen von der Umweltzerstörung bedroht werden." ("Grüne, Alternative + Kommunisten", hrsg. von der KPÖ, S.29)

KAPITALISMUS BEDEUTET RAUBBAU AN DEN ARBEITENDEN MENSCHEN UND AN DER NATUR

"In der Agrikultur wie in der Manufaktur erscheint die kapitalistische Umwandlung des Produktionsprozesses zugleich als Martyrologie der Produzenten, das Arbeitsmittel als Unterjochungsmittel, Exploitationsmittel und Verarmungsmittel des Arbeiters, die gesellschaftliche Kombination der Arbeitsprozesse als organisierte Unterdrückung seiner individuellen Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit... Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land... von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."

Marx, Das Kapital, MEW 23, S.528 - 530.

schutzes zwar ungeheuer viel geredet wird, alle möglichen Manöver zur Augenwischerei betrieben werden, aber im großen und ganzen alles den gewohnten Trott weitergeht und die Umwelt weiter zerstört wird.

Die gesamte Umweltproblematik ist untrennbar mit der Existenz der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung verbunden, einer "Ordnung", die nicht nur die heute lebende Generation arbeitender Menschen ausbeutet, sondern hemmungslos auch Raubbau auf Kosten kommender Generationen betreibt. Ein gesellschaftliches System, des-

sen höchster Zweck die Gewährleistung und Sicherung maximaler Profite für eine dünne Herrschichte ist, ist seinem ganzen Charakter nach notwendig menschenfeindlich, inhuman und barbarisch, aber auch zwangsläufig naturfeindlich, weil ihm auch die Natur lediglich vom Blickpunkt des Maximalprofits interessant ist. Die Vertreter einer solchen Gesellschaftsordnung horten in aller Welt A-, B- und C-Waffen, mit denen man ganze Kontinente in Wüsten verwandeln kann, sie schaffen jetzt die Möglichkeiten für einen "Krieg der Sterne", welche Trottelhaftigkeit gehört da doch dazu, zu glauben, zusammen mit ihnen und ihresgleichen könne man die Natur schützen, die Umwelt vor Schaden bewahren odgl. ! Zeigen denn nicht die Beispiele Seweso in Italien und in jüngster Zeit besonders Bhopal in Indien, daß das Monopolkapital auf der Jagd nach Profit vor keinerlei Verbrechen zurückschreckt und tausende tödlich vergifteter, erblindeter und verkrüppelter Menschen, verheerende Folgeschäden auf Generationen, eiskalt "einkalkuliert", während sich die Mono-



Die nach Maximalprofit strebenden Imperialisten sind die wahren Schuldigen an der Katastrophe von Bhopal, die tausende Menschen das Leben kostete !



Bhopal: Opfer der Profitgier des Kapitals

polherren, zu deren Diensten und auf deren Seite die jeweilige Staatsmaschinerie steht, schadlos halten, jeglicher Verantwortung entgehen und ihr menschenfressendes und die Umwelt ruinierendes Treiben ungehindert fortsetzen können.



Nicht nur an jedem Dollar, jeder DM - und heute auch jedem Rubel -, auch an jedem Schilling klebt das Blut der Völker !

Das Anliegen des Schutzes von Natur und Umwelt, wenn es ernst gemeint ist, ist ein höchst politisches Anliegen. Es ist ein Anliegen, bei dem die Massen des Volkes einer kleinen Minderheit von Profithyänen gegenüberstehen, die über die wirtschaftliche und



Nieder mit dem imperialistischen Ausbeutersystem !

politische Macht verfügen und zur Verteidigung und Sicherung dieser Macht sowie ihrer Interessen überhaupt den Staatsapparat mit seinen Polizeiprügeln, mit seinen Gefängnissen, aber auch mit seinen Gewehren, Panzern und Kanonen zur Verfügung haben.

Ernsthafte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt stoßen immer wieder an Profitinteressen, die ihrer Durchsetzung entgegenstehen, manchmal sind das die Profitinteressen einzelner Teile der herrschenden Klasse, manchmal aber auch solche, welche die ganze herrschende Klasse direkt oder indirekt betreffen. Das bedeutet, daß solche Maßnahmen, wenn überhaupt, nur in langwierigen Kämpfen durchgesetzt werden können, daß es aber auch Grenzen dafür gibt, die nur Übersprungen werden können, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst gestürzt wird. Auf alle Fälle aber bedeutet das, daß Bewegungen, denen es ernstlich um die Durchsetzung wirkungsvoller Maßnahmen zum Schutze der Umwelt geht, unweigerlich in den politischen Kampf hineingezogen werden. Die Regierung selbst trägt viel dazu bei, die Umwelt-Bewegungen zu politisieren, nicht nur durch den Einsatz von Polizeigewalt gegen sie, sondern überhaupt, indem sie diesen Bewegungen ständig mit angeblichen oder wirklichen Erfordernissen des bestehenden Gesellschaftssystems entgegentritt.

So bestehen reale Möglichkeiten, die Umweltschutzbewegung bis zu einem gewissen Grad in den Kampf gegen das herrschende System einzubeziehen - vorausgesetzt allerdings, daß die revolutionären Kräfte dieser Bewegung gegenüber nicht gleichgültig bleiben und sie nicht einfach reaktionären Kräften als "grüne" Spielwiese überlassen. Insbesondere erfordert das auch, daß die Marxisten-Leninisten energisch die bürgerliche Ideologie und Politik in ihrer "grün-alternativen" Form

STALIN ÜBER URSPRUNG, WESEN UND FUNKTIONEN DES STAATES

"Der Staat entstand auf der Grundlage der Spaltung der Gesellschaft in feindliche Klassen, er entstand, um die ausgebeutete Mehrheit im Interesse der ausbeutenden Minderheit im Zaume zu halten. Die Machtmittel des Staates konzentrieren sich hauptsächlich in der Armee, in den Straforganen, im Polizeiapparat, in den Gefängnissen. Zwei Hauptfunktionen kennzeichnen die Tätigkeit des Staates: die innere (die hauptsächlich) - die ausgebeutete Mehrheit im Zaume zu halten, und die äußere (die nicht hauptsächlich) - das Territorium seiner herrschenden Klasse auf Kosten des Territoriums der anderen Staaten zu erweitern oder das Territorium seines Staates gegen Überfälle anderer Staaten zu verteidigen. So lagen die Dinge in der Sklavenhaltergesellschaft und unter dem Feudalismus. So liegen die Dinge unter dem Kapitalismus."

Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B), SW 14, S.227, 1939.

"Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassengegner."

Stalin, Grundlagen des Leninismus, SW 6, S.101, 1924.

bekämpfen und überzeugend nachweisen, daß die verheißene "Wende in der Umwelt-, Energie- und Beschäftigungspolitik" in Wirklichkeit nur eine neue Strophe des alten reformistischen Lieds von der angeblich möglichen "Gesundung" des Kapitalismus ist.*

* Die Redaktion der RF bereitet einen eigenen Artikel vor, der sich mit der "grün-alternativen" Bewegung in Österreich, speziell mit VGO und ALÖ, ausführlicher auseinandersetzen wird.

WIE WIRD ES "NACH HAINBURG" WEITERGEHEN ? oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Seit dem 19. Dezember 1984, als Polizei und Gendarmerie die Demonstranten in der Hainburger Au niederknüppelte, hat unter vielen, vor allem unter vielen jüngeren Menschen, ein wichtiger Denkprozeß begonnen, den die Nutznießer und Verteidiger der bestehenden "Ordnung" fürchten wie die Pest. Da Blechas Polizeiknüppel den Anstoß zu diesem Denkprozeß gaben, werden auch viele Repräsentanten des herrschenden Systems dieser Prügel nicht recht froh. Sie fürchten ernstlich, die Prügel hätten dem System mehr geschadet als genützt. Der Wiener ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe etwa beschreibt das so:

"An diesem Morgen ist mehr kaputtgemacht worden als ein Stück Auwald. An diesem Morgen hat eine Generation den Glauben daran verloren, daß sich Gegensätze durch friedliches Zu- und Miteinanderreden können lösen könnten..." (Kurier, 20. 12.1984)

Kardinal König fürchtet, es sei übertrieben reagiert worden. Er rät, "die volle Breite der Demokratie", sprich: den demagogischen Spielraum des Systems, mehr auszunützen, denn je "enger" dieser Spielraum gehalten wird,

"desto mehr Menschen - vor allem junge Menschen - fühlen sich in diesem System nicht mehr geborgen. Sie werden politik-müde oder gar radikal." (Kurier, 25.12.84)

Der "Kurier" selbst lamentiert: "Da ist viel zerbrochen und zertrümmert worden" (20.12.84), er fürchtet sogar, das Jahr 1984 werde in die österreichische Geschichte "als Jahr der zerstörten Hoffnungen" eingehen (28.12.84).

Was also tun? Selbstverständlich

die enttäuschten Hoffnungen wiederbeleben, das "angeschlagene Ansehen der österreichischen Demokratie wieder reparieren" (Presse, 22./23.12.84), den eben aus den Köpfen geschlagenen Glauben an die "friedliche Austragung" aller Gegensätze, wie überhaupt alle erschütterten, angeschlagenen und zerbrochenen Illusionen neu züchten und festigen.

Genau diese Verdummungskampagne ist seit dem 19. Dezember auf breiter Front im Gange. Systematisch wird alles wieder vertuscht und verwischt, umgebogen und umgelogen nach der Methode der dreifachen Lüge: erstens ist überhaupt nichts passiert (Konrad Lorenz), zweitens war's nur ein Irrtum, ein "Schnitzer", der "nachher allen leid tat" (Club 2 vom 8.1.1985), dem Vater Staat ist "bloß die Hand ausgerutscht", wegen einer "Watschen" sollte man ihm nicht böse sein (Intendant Franz Kreuzer ebenda), drittens

"Wohltuende" Polizeiprügel

Es macht einen himmelweiten Unterschied aus, ob in Österreich etliche Au- und Naturschützer von Polizisten gebirrt werden, oder ob in Polen ein Regimegegner von Sicherheitsbeamten entführt, unmenschlich gefoltert, umgebracht und schließlich ins Wasser geworfen wird. Das ist eben der wohltuende Unterschied.

Faksimile aus der "Kronenzeitung" vom 13. Jänner 1985. Interessant, wie dieses Blatt die Knüppelaktion der Blechas-Polizei zur geradezu "wohltuenden" Heilmassage verklärt. Bloß: wo liegt die Gewähr, daß aus den Prügeln nicht über Nacht Gewehre oder Kanonen werden? (Siehe 15. Juli 1927, siehe 12. Febr. 1934)

wird sowas ohnehin nie mehr passieren, denn die Regierung hat "seit Hainburg dazugelernt" (Profil, 21.1.85), usw.

Besonders skandalös, aber auch eine weitgehende Selbstentlarvung, sind die katzbuckelnden Anstrengungen, mit denen einige führende Repräsentanten der Umweltschutzbewegung der Prügel-Regierung bei dieser Kampagne zur Züchtung neuer Illusionen maximale Hilfe zu leisten bemüht sind.

So hat die unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgte vorläufige Pause bei den Rodungsarbeiten geradezu widerliche Ergebenheitsbekundungen des Professor Konrad Lorenz und seiner Gruppe gegenüber der Sinowatz-Steger-Regierung ausgelöst. "Konrad Lorenz: Hainburg war Wende!" übertitelte die "Kronen-Zeitung" vom 13.1.85 ihren Bericht über das gemeinsame Mittagessen von Sinowatz und Steyrer mit Lorenz, Lötsch und Festetics. Der "Kurier" wählt dafür die Titelzeile "Konrad Lorenz war zu Tränen gerührt" (13.1.85). Der Nobelpreisträger war zu Tränen gerührt, weil angeblich die Regierung "eingelenkt", die "neue ökologische Philosophie" anerkannt, der "Umwertung aller Werte" weitgehend zugestimmt, damit vielleicht den Weg für "ein zweites Wirtschaftswunder" in Österreich freigemacht habe (Kr.Ztg. 13.1.85) usw. Wegen dieses Treffens "von symbolhafter Bedeutung", dieser glückhaften "Weichenstellung zu neuem Umweltdenken" (Kurier, 13.1.85) bekundete Lorenz dem Kanzler zu Tränen gerührt: "Ich war noch nie so stolz, Österreicher zu sein" (Kurier, 13.1.85). Es war, wie der Dichter sagt: In den Armen lagen sich beide, und weinten vor Schmerz und Freude. Konrad Lorenz übte auch Selbstkritik:

"Ich habe die Regierung in ihrer Konzilianz und Menschlichkeit unterschätzt." (Kurier, 13.1.85)

LENIN GEGEN DIE KLEINBÜRGERLICHE THEORIE VON DER "VERSÖHNUNG" DER KLASSEN DURCH DEN "STAAT"

"Der Staat ist ein Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind..."

Bei den kleinbürgerlichen philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es - oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! - so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen 'Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen...

Daß der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann, das vermag die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen."

Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.398-400, 1917, Sperrungen im Original

Das sagte der Herr Professor drei Wochen nach der Prügelorgie in der Au, als jenen, denen dort Nasenbeine, Schlüsselbeine, Rippen usw. gebrochen wurden, eben der Gips abgenommen wurde. Hätte Lorenz die Menschlichkeit der Regierung auch so gelobt, wenn einige Graugänse beschädigt worden wären? Der Herr Professor war überhaupt heilfroh, daß es in der Au so friedlich und gemütlich zugegangen war. Er hatte große Angst gehabt - natürlich nicht vor der Polizei, sondern vor den Au-Schützern:

"Denn: 3000 junge Menschen in der Stopfenreuther Au - 'da ist mir die kalte Angst gekommen. 3000 Leute kann man nicht kontrollieren'." (Lorenz laut Kurier, 13.1.85)

Allen diesen Roßtäuscheraktionen gegenüber, die das Licht, das vielen Menschen aufzugehen beginnt, um jeden Preis wieder auslöschen wollen, muß man vor einer Fehlinterpretation der Taktik der Regierung, die Schlägerung von Demonstranten und Au-Bäumen vorläufig einzustellen, eindringlichst warnen! Grundsätzlich hat sich gar nichts geändert, weder in der Politik der Regierung im allgemeinen, noch in ihren einzelnen Vorgangsweisen und Plänen. Die sogenannte "Denkpause" nach dem Polizei-Überfall auf die Demonstranten hat lediglich den Zweck, die Pläne der Regierung besser vorzubereiten, um sie baldmöglichst gegen verminderten Widerstand "durchziehen" zu können. Zunächst benutzen die Sinowatz und Co. die Meinung, das Kraftwerk Hainburg sei gefallen, dazu, das Atomkraftwerk Zwentendorf, der eindeutigen Volksabstimmung darüber spottend, dennoch weiterzubauen, den Abgas-Multi Dürnrohr in volle Fahrt zu bringen und auch das Projekt Hainburg ist durchaus nicht vom Tisch. Mit einigen Modifikationen in bezug auf Standort und Bauweise wird es spätestens im kommenden Dezember wieder auf der Tagesordnung stehen.

HEIMISCH AN UNSEREN STAUSEEN

DIE COBRA

EINE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE DES UMWELTMINISTERIUMS UND DER VERBANDSGESellschaft

Vor einer "Wende" wird dann lediglich die Bewegung zur Rettung der Hainburger Au stehen, insbesondere was die Haltung einer Reihe ihrer bisherigen Repräsentanten betrifft.

Im Laufe der nächsten Monate werden die "behördlichen" und "gerichtlichen" Unterlagen, Bewilligungen und Bescheide, die im Dezember 1984 noch nicht oder nur als sogar bürgerlichen "Rechtsnormen" hohnsprechende Karikaturen vorlagen, fein säuberlich unter Dach und Fach gebracht werden. Solchen Au-Schützern wie Frau Meissner-Blau, die versucht haben, das Kraftwerksprojekt vor allem vom Standpunkt des verletzten behördlichen Bewilligungsverfahrens her als "ungesetzlich" und "illegal" anzugreifen, wird dann ihr wichtigstes Argument fehlen. Sie können dann zwar auf die für sie neue Argumentationsebene übergehen, daß das Projekt unakzeptabel ist, obwohl es nun "rechtlich abgesichert" ist - sie können aber auch, was wahrscheinlicher ist, aufgeben und zustimmen, indem sie ein paar Modifikationen am alten Projekt zu grundsätzlichen Änderungen aufblasen, die "eine ganz neue Lage" geschaffen hätten.

In dieser Richtung bauen auch die "Sozialpartner" bereits "goldene Brücken". Ihre Ankündigungen und Zusagen, man werde zukünftig trachten, daß prominente "Umweltschützer bei heiklen Projekten in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden" (Salzinger lt. Kurier, 30.12.84), daß sie, wie Cap verlangte, "eingebunden" werden, ist nichts anderes als der Versuch, ein paar dieser Prominenten zu kaufen, so wie der "Umweltschützer" Prof. Otto König vom Wilhelminenberg schon im abgelaufenen Jahr für die Opferung der Hainburger Au - na, sagen wir - "gewonnen" wurde.

Einigermaßen köstlich ist in diesem Zusammenhang das, was beim Treffen Sinowatz-Steyrer mit Lorenz-Lötsch-Festetics angekündigt wurde:

"Kanzler Sinowatz... glaubt, daß man den Konflikt Ökologie-Ökonomie genauso lösen könne, wie seinerzeit

LENIN UND STALIN ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT, DEN BÜRGERLICHEN STAATS- APPARAT IN DER GEWALTSAMEN REVOLUTION ZU ZER S C H L A G E N

"Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich."

Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.413.

Die Befreiung des Proletariats und der unterdrückten Klassen ist

"unmöglich nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt."

Lenin, ebenda, S.400.

"In der konkreten Lage, wie sie in der ganzen Welt und vor allem in den fortgeschrittensten, mächtigsten, aufgeklärtesten und freiesten kapitalistischen Ländern durch den Militarismus und den Imperialismus, durch die Niederhaltung der Kolonien und schwachen Länder, durch das imperialistische Weltgemetzel und den 'Frieden' von Versailles geschaffen worden ist, ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Kapitalisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten, an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus durch Reformen nicht nur ein Beweis extremen spießbürgerlichen Stumpfsinns, sondern auch ein direkter Betrug an den Arbeitern, eine Beschönigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit.

Diese Wahrheit besteht darin, daß die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokratisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen von Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparates, usw., bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wieder einzuführen - nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten."

Lenin, Thesen des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1920. LW 31, S.174/175.

"Das Gesetz von der gewaltsamen Revolution des Proletariats, das Gesetz von der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine als Vorbedingung dieser Revolution ist ein unumgängliches Gesetz der revolutionären Bewegung der imperialistischen Länder der Welt."

Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, 1924, SW 6, S.104.



die Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit." (Kronen-Zeitung, 13.1.85)

Man muß sich dieses Zitat auf der Zunge zergehen lassen. Wie wurde denn "seinerzeit" der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital "gelöst", also der "Klassenkampf abgeschafft"? Durch die "Sozialpartnerschaft" bekanntlich, deren Witz darin besteht, daß sogenannte "Arbeitervertreter" im Namen der Arbeiterklasse mit dem Kapital gemeinsame Sache machen. "Genau so" schwebt es Sinowatz auch mit dem Umweltschutz vor: Man bildet ein "Gremium", in dem sogenannte "Umweltschützer" im Namen der Umwelt mit den Umweltzerstörern gemeinsame Sache machen. Zur "Sozialpartnerschaft" kommt dann auch noch die "Umweltpartnerschaft". Sie wird der Umwelt zweifellos so nützlich sein wie die "Sozialpartnerschaft" den Arbeitern!

Zum Zuckerbrot auf der einen Seite kommt die Peitsche auf der anderen. Schon ist man dabei, durch Strompreis-Verteuerungen der Bevölkerung einzubleuen, daß Hainburg, Dürnrohr und natürlich besonders Zwentendorf ja doch notwendig seien. Und wen der Strompreis zu wenig beeindruckt, den kann man vielleicht mit künstlichen Stromabschaltungen zur unangenehmsten Zeit weicklopfen.

Intendant Kreuzer hat das in den Tagen der ärgsten Jänner-Kälte ganz zynisch ausgesprochen: Dreimal bei der jetzigen Kälte den Strom abschalten und in 14 Tagen sieht alles anders aus (Club 2 vom 8.1.85).*

Auf die nach einer gewissen Differenzierung unter den Umweltschützern aber wahrscheinliche "Radikalisierung" der den Kampf fortsetzenden Kräfte bereiten

* In einem Bericht aus Niederösterreich schreibt der "Kurier" vom 25.1.85:

"'Des is die Rache für Hainburg. Jetzt zeigen s' uns, wie ma ohne Strom blöd dreinschauen.' Diesen Verdacht hegt der sogenannte kleine Mann auf der Straße; weil es im zentralen Niederösterreich in den letzten Tagen gar so oft 'finster' wurde." (Zwischen 21. und 24.Jänner 1985 gab es in Niederösterreich rund 100 Stromausfälle bzw. zeitweilige Abschaltungen).

sich Regierung und "Sozialpartner" auf die traditionelle Weise vor. Schon der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Prof.Krejci, hat in einem Interview mit dem AZ-Redakteur Lackner als Lehre aus Hainburg unterstrichen:

"Unser Staat ist auf Extremsituationen nicht vorbereitet." (AZ, 21.12.84)

Innenminister Blecha erwartet einen "Verlust an Kompromißfähigkeit" bei den Umwelt-Schützern, weswegen für die Exekutive "härtere Zeiten" kämen (15.1.85). Und der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Danzinger, präzisierte das: Da man es in Zukunft mit "militanteren Gruppen" zu tun haben werde, müsse die Exekutive besser ausgerüstet werden; es gehe z.Bsp. nicht an, daß sie statt richtigen Wasserwerfern bloß Feuerwehrschräuche mit zu geringem Wasserdruck zur Verfügung habe (alles in FS 2 vom 15.1.85). Am gleichen Tag wurde aus einer Ansprache des Wiener Bürgermeisters Zilk an junge Polizisten dessen Aufforderung zitiert: "Seien Sie hart! Sie werden den Bürgermeister hinter sich finden!" (Inlandsreport, 15.1.85). Man sieht, die Regierung hat seit Hainburg wirklich "viel dazugelernt".

* * *

Es ist sicher: der Polizeiprügel-Attacke in der Hainburger Au werden früher oder später weitere, und härtere Polizei-Einsätze gegen Demonstranten folgen. Das unterstreicht die Aufgaben der Marxisten-Leninisten, aber auch ihre Verantwortung und Verpflichtung. Wir halten nichts von der Hoffnung, die Polizeiprügel würden automatisch revolutionäre Einsichten in die Köpfe klopfen. Man kann durch sie auch zu den Faschisten geprügelt werden. Revolutionäre Schlußfolgerungen wird es nur geben, wenn die Revolutionäre, die Marxisten-Leninisten sie vermitteln.

Die 'K'PÖ und die Au - wieder mal zum Speien

Da die "KPÖ" der Muhri und Scharf nichts so sehr fürchtet, wie durch das Hervortreten der "Grünen" oder anderer "alternativer" Gruppen restlos in die Rumpelkammer der Geschichte gedrängt zu werden, trat sie der ganzen Au-Bewegung schon von Anfang an mit größtem Mißtrauen und Mißbehagen entgegen. Zudem kann sich die "K"PÖ als notorische Lobsängerin der revisionistischen Länder, die mit der Umwelt nicht weniger rücksichtslos Schindluder treiben wie die kapitalistisch-imperialistischen Länder, ohnedies kaum als Vorkämpferin des Umweltschutzes glaubhaft machen.

Doch ganz abgesehen von all dem: gerade in ihrer Haltung zu der Bewegung zur Rettung der Hainburger Au im allgemeinen und zum Prügeleinsatz der Blecha-Polizei im besonderen, hat sich auch der zutiefst reaktionäre, antikommunistische, im Grunde konterrevolutionäre Charakter der heutigen "K"PÖ wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt. Auch der Doppelcharakter dieser Partei in ihrer heutigen Rolle erweist sich an ihrer Haltung zur Au-Bewegung ganz klar: einerseits Agentur der herrschenden konterrevolutionären Cliquen in den revisionistischen bzw. sozialimperialistischen Ländern, tritt uns die "K"PÖ zugleich - und im Zusammenhang damit - auch als spezielle Agentur des österreichischen Monopolkapitals vor Augen. Aus allen Stellungnahmen und Kommentaren der "K"PÖ bzw. ihres Zentralorgans "Volksstimme" zur Hainburg-Bewegung spricht ein unverkennbares Interesse an der Erhaltung des in Österreich bestehenden kapitalistisch-imperialistischen Systems, an der Perfektionierung des Staatsapparates, an der Entlastung und Reinwaschung seiner führenden Repräsentanten. Vergeblich wird man in der "K"PÖ-"Volksstimme" irgendwelche Kritiken an den weltfremden und extrem lächerlichen Theorien des "Gewaltverzichts", des "Gandhimus", der "Gewalt" als "Wurzel alles Bösen" usw. suchen - ganz im Gegenteil jubelt die "Volksstimme":

"Anarchistische Revolutionsspielchen kommen bei der Masse der Besetzer (der Au, Anmkg.) auch nicht an. Gewaltlosigkeit ist die große Devise." (Vst., 18. 12.1984)

Seitdem es eine kommunistische Bewegung gibt, ist diese bekanntlich bestrebt, Bewegungen der Massen, die sich zu Tagesforderungen, Teilinteressen und Detailfragen mehr oder weniger spontan entwickeln, vorwärtszuführen und weiterzubringen zum Verständnis der größeren Zusammenhänge, der entscheidenden gesellschaftlichen Probleme, die allen Tagesfragen zugrundeliegen, also aus spontanen Bewegungen bewußte Bewegungen, aus Kämpfen um Tagesinteressen solche um die Zukunftsinteressen zu machen, mit anderen Worten, solche Massenbewegungen ihrem Umfang und Inhalt nach weiterzuentwickeln. Geradezu demonstrativ stellt sich die "K"PÖ dagegen als Partei vor, die das Gegenteil will, die nicht nur alle revolutionären Funken, sondern jeden Funken gesellschaftlicher Gärung überhaupt austreten möchte. Am 19. Dezember 1984, eben an dem Tag, da die Blecha-Polizei die Funken des Widerstands gegen die Auvernichtung blutig niederknüppeln ließ, betitelte das Schandblatt "Volksstimme" der "K"PÖ seinen Leitartikel über Hainburg mit dem beschwörenden Ruf "L ö s c h t d e n F u n k e n !"

Während die Benyas, Hesouns, Czettels, Kerschbaums usw. ihre faschistoiden Rollkommandos vergatterten, für den Fall, daß Charlie Blechas Polizeiknüppel, Polizeihunde und Wasserschläuche nicht reichen sollten, eben in dem Moment trat das "K"PÖ-Blatt nicht etwa mit einer Anprangerung des schändlichen Mißbrauchs der Gewerkschaften, ihrer typisch US-amerikanischen Verwandlung in eine "Faust im Nacken"-Mafia hervor, sondern mit einem weinerlichen Appell, doch jetzt ja keine "antigewerkschaftlichen Stimmungen" aufkommen zu lassen, da das nur den Unternehmern helfe.

Schlimmer noch: Genau an dem Tag, da viele hunderte friedlicher Demonstranten, die Bundeshymne singend und rot-weiß-rote Fahnen schwenkend, von Polizei und Gendarmerie blutig geschlagen und getreten, von Polizeihunden gehetzt, bei Wintertemperaturen von Feuerwehrschräuchen durchnäßt, die Dämme heruntergeworfen wurden, genau an dem Tag veröffentlichte die "K"PÖ-"Volksstimme" buchstäblich als

e i n z i g e österreichische Zeitung die Schlagzeile: "Hainburger Au: Scharfmacher auf b e i d e n S e i t e n" und verbreitete jene niederträchtigen Lügen, die Blecha gerade in diesem Moment dringendst brauchte: in der Stopfreuther Zentrale der Au-Schützer seien "Scharfmacher am Werk", würden "Aggressionen gegenüber den Arbeitern" geschürt, werde p r o v o z i e r t ! Wohl gemerkt, die Anklage des Scharfmachertums, des Schürens von Aggressionen, der absichtlichen Provokation richtet die "K"PÖ-Zeitung n i c h t gegen die Schläger, sondern gegen die Au-Schützer, gegen die Geprügelten und Getretenen, deren gravierendster Fehler der idiotische Glaube an die Gewaltlosigkeit ist ! Nachdem ohnedies schon - wie man sieht, mit Recht - etliche "K"PÖ-Führer mit staatlichen Ehrentiteln und Orden bedacht wurden, wäre es angesichts solcher Leistungen zweifellos angebracht, daß der Bundespräsident der ganzen "K"PÖ das Große Goldene Verdienstkreuz und Herrn Muhri als Herausgeber der "Volksstimme" den Titel "Professor" verleiht.

Für die angeblichen Provokationen der Au-Schützer führt die "K"PÖ-"Volksstimme" übrigens einen klaren Beweis an: sie haben angesichts der polizeilichen Angriffs vorbereitungen eine große Zahl von Rettungsautos angefordert, "damit die n o c h n i c h t v o r h a n d e n e n V e r l e t z t e n abtransportiert werden können" (Vst. 19.12.1984). Doch die zahlreichen Verletzten, die der "Volksstimme" vom 19.12. noch fehlten, gab es zum Zeitpunkt der Auslieferung dieses Schandblatts bereits und sie wurden von Blechas Polizei und Gendarmerie immer noch vermehrt, während die bedauernswerten "Vst"-Leser noch die spöttischen Auslassungen ihres Leibblatts studierten. Und daß die Zahl der angeforderten Rettungsautos überhaupt reichte, ist nur der Tatsache zu verdanken, daß die meisten der von Polizei und Gendarmerie blutig geschlagenen und verletzten Menschen gar nicht riskierten, zu den bereitgestellten Ärzten und Rettungsautos zu gehen, weil das natürlich bedeutet, polizeilich registriert und mit allen persönlichen Daten in den Polizei-Computer eingespeichert zu werden, was noch die gefährlichsten Folgen hat, wenn die erlittenen Verletzungen längst abgeheilt sind !

Sogar bürgerliche Zeitungen berichteten, daß Polizei und Gendarmerie, insbesondere auch mittels Spitzeln in Zivilkleidung, eine möglichst große Zahl von Aktivisten der Au-Bewegung zu "erfassen" und zu "identifizieren" versuchten, sie von allen Seiten fotografierten, ihre Auto-Nummern aufschrieben, ihre Telefongespräche abhörten, auch den Funkverkehr der kleinen "Walkie-Talkies" registrierten, dazu auch noch störten oder durch Falschmeldungen desorganisierten usw. usf. Später gaben das hohe Polizeioffiziere auch direkt und indirekt zu (einer in Hainburg von der Polizei verletzten Demonstrantin listete der Polizeisicherheitsdirektor in einer Fernsehsendung ungeniert auf, an welchen - völlig legalen - Demonstrationen sie in den vergangenen Jahren teilgenommen hatte !). Als aber Innenminister Blecha diese Bespitzelung in unverschämtester Weise bestritt, veröffentlichte ausgerechnet die "K"PÖ-"Volksstimme" sein von zynischer Verlogenheit geprägtes "Dementi" k o m m e n t a r l o s an auffallender Stelle: es gäbe "keinen einzigen Spitzelakt im Ministerium", es wurde kein einziges Telefon angezapft und so weiter. (Vst. 29.12.1984).

Einen wahren Rekord bei der Reinwaschung der Sinowatz, Blecha und Konsorten erreichte die "Vst"-Berichterstattung am 20.12.1984, am Tag nach der großen polizeilichen Schlägerungsaktion an Bäumen und Menschen. In ihrer Darstellung der "Szenen des Entsetzens" beklagte das "K"PÖ-Zentralorgan vor allem, daß Blechas Zusage, "ausschließlich r e i f e B e a m t e" gegen die Au-Besetzer zu mobilisieren, nicht eingehalten worden sei. Statt "reifen" Polizisten seien "unbeherrschte", fast bis zur Grenze des Totschlags gehende Jungpolizisten" in die Au geschickt worden, klagt die "Volksstimme". Was damit gesagt werden soll, ist ganz klar: Damit wird so getan, als seien für die Massenniederknüppelung nicht in erster Linie die Sinowatz, Blechas, Benyas usw. verantwortlich, sondern die von ihnen kommandierten Büttel, die den Prügelbefehl empfangenden und ausführenden einzelnen Polizisten und Gendarmen, streng genommen nicht einmal diese selbst, sondern ihre "Unreife", "Unerfahrenheit" und "Unbeherrschtheit" ! Die Gewaltorgane des kapitalistisch-imperialistischen österreichischen Staates und

seine obersten Dirigenten werden so aus der Schußlinie genommen, der wohlüberlegte, gut vorbereitete und kaltschnäuzig angeordnete Einsatz dieses Gewaltapparates verniedlicht sich so in der Darstellung der "K"PO-Zeitung zu einer Ausbildungsschwäche, wenn nicht gar zu einem psychologischen Mangel! Und wenn die von der Polizei in der Au gehetzten, geschlagenen und getretenen Demonstranten und ein großer Teil einer empörten Öffentlichkeit ruft "Schluß mit der Polizei-Gewalt", so hat diese merkwürdige "K"PO das Rezept dafür offenbar schon gefunden: bessere Ausbildung der Polizisten und Gendarmen, damit sie "reifer" werden, vielleicht auch einige Behandlungsstunden auf der Couch von Psychiatern, damit sie ihre "Aggressionen" nicht gerade auf Köpfen, Rücken und Brüsten von Demonstranten abbauen. Daß es eben die Funktion, der eigentliche Zweck, somit auch das ganze Ausbildungsziel von Polizei und Gendarmerie sowie aller Abteilungen des staatlichen Gewaltapparates ist, die Interessen, den Willen, die Beschlüsse der herrschenden Klasse mit allen Mitteln durchzusetzen, insbesondere auch mit Schlagstöcken, notfalls aber auch mit Gewehr, Kugeln oder Panzern und Artillerie (siehe Februar 1934), woraus ja auch die ganze Unhaltbarkeit und Unsinnigkeit der

Hoffnung klar wird, man könne "gewaltlos", ohne Zusammenstoß mit der Staatsmacht, irgendwelche wesentliche, die Interessen der Herrschenden grundlegend verletzende Veränderungen durchsetzen - von all diesem Grundschulwissen eines Kommunisten findet man in dieser "Kommunistischen" Partei und ihren Organen nicht nur "kaum einen Hauch", sondern sie hat solchem politischen Einmaleins mit allem, was sie sagt und tut, den wütenden Kampf angesagt; die heutige "K"PO ist ein Werkzeug systematischer Massenverdummung geworden, wobei sie dieses erbärmliche Geschäft womöglich noch primitiver und zynischer betreibt als die Machthaber selbst, denen sie sich anbieten möchte.

Übrigens hat sich die "Volksstimme" beeilt, gerade am Höhepunkt der Empörung über die polizeiliche Prügelaktion in der Au dem österreichischen Staatsapparat auch auf dem Gebiet der Justiz zu Hilfe zu kommen. Als sich nämlich zeigte, daß ein Arzneimittel-Hersteller, dessen Schlamperei einem halben Dutzend Kindern das Leben kostete, billiger davonkommt als ein Semmeldieb, billiger wohl auch als ein Demonstrant, der gegen einen ihn dreschenden Polizisten zurückgeschlagen hätte, bedauerte es dieses Blatt, daß durch die Milde des

Gerichts in jenem Fall das "Vorurteil" - wörtlich so! - des Volkes Nahrung erhalte, die österreichische Justiz mache klassenmäßige Unterschiede. (Vst. 20.12.1984).

Am 23. Dezember nimmt das "K"PO-Zentralorgan die von Sinowatz verkündete und von Muhri sogleich begeistert unterstützte sogenannte "Denkpause" (Denken ermüdet bekanntlich) zum Anlaß einer weiteren Reinwaschungs- und Entlastungsaktion zugunsten der SP-FP-Regierung, indem der Anschein erweckt wird, daß sie eigentlich gar nicht prügeln lassen wollte, sondern dazu genötigt worden sei. Die Regierung, sogar auch das Parlament, könne praktisch gar nicht "frei entscheiden", sondern sei Zwängen ausgesetzt, klagt die "Volksstimme":

"Es sind nicht die vom Volk gewählten Abgeordneten und die von ihrer Mehrheit bestellte Regierung, die das letzte Wort haben bzw. frei entscheiden, vielmehr hängen die gegenwärtig im Parlament vertretenen Parteien am Gängelband der 'Sozialpartnerschaft'." (Vst. 23.12.84).

Es ist ein klassisches Beispiel, wie ein geübter Farbverfälscher aus einer halben Wahrheit eine ganze Lüge machen kann. Selbstverständlich sind Parlament und Regierung, Legislative und Exekutive eines kapitalistisch-imperialistischen Staates insofern nicht "frei" und "unabhängig", als sie eben Herrschaftsorgane des Monopolkapitals sind, als seine Werkzeuge und in seinem Interesse agieren, die Massen mit Lug und Trug, falls das nicht mehr reicht, auch mit Gummiknüppeln, oder noch "wirkungsvolleren" Mitteln im Zaum zu halten beauftragt sind. Aber so wie es die "Volksstimme" dreht, wird aus diesem unvermeidlichen Wesensmerkmal von Parlament, Regierung und Staatsapparat im Kapitalismus eine Form der Generalamnestie für alle ihre Verbrechen, seien sie nun "gesetzlich" oder "rechtlich" gedeckt oder auch nicht. Während sich für einen Revolutionär, für einen Marxisten-Leninisten, für einen wirklichen Kommunisten aus diesem Wesensmerkmal von Legislative und Exekutive im kapitalistisch-imperialistischen Staat die unbedingte Notwendigkeit seines Sturzes, seiner Zerschlagung und Zerschlagung durch die proletarische Revolution ergibt, suggeriert die "K"PO-



Volksstimme daraus die Schlußfolgerung, man müsse eigentlich bloß zu erreichen versuchen, daß die Herren Abgeordneten und die von der Mehrheit dieser Herren bestellte Regierung "frei entscheiden" kann - und flugs werde schon nur mehr Gutes für das Volk herauskommen, denn in seinem Tiefinnersten ist der Mensch offenbar gut, auch wenn er Sinowatz, Blecha, Steger oder Benya heißt und in einer SP-FP-Regierung sitzt.

Eine Kleinigkeit mag vielleicht noch dazugehören, damit alles bestens läuft und nicht wieder so gefährliche Funken entstehen: Die "Volksstimme" formuliert das in ihrer Bilanz der Ereignisse in der Hainburger Au wie folgt:

"Die echte Lehre aus Hainburg besteht darin, daß alle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen nicht Sache einiger weniger Experten, 'Oberer' oder dergleichen sein können. Vielmehr geht sie uns alle an."

Das Kirchenblatt würde das sicherlich mit besserer Grammatik ausdrücken, doch frommer und zahnloser könnte es "die echte Lehre aus Hainburg" bestimmt nicht formulieren.

Laßt die Herren Volksvertreter und die liebe Regierung freier entscheiden und "uns alle" ein bißchen mehr mitreden - auf solchen politischen Fliegenschuß hat sich das Forderungsprogramm einer Partei reduziert, die es immer noch wagt, das Wort "kommunistisch" in ihrem Namen zu belassen.

Studiert:

AUS DEM INHALT:

- ★ Hitler baute die Autobahn - heute wird die Startbahn-West gebaut: KRIEGSVORBEREITUNG
- ★ Ein Lehrstück über "Demokratie": kriegsrechtartige Lage in Walldorf/Mörfelden
- ★ Ein Ziel des Staates: Den Kampf gegen die Startbahn-West zerschlagen, um überhaupt den Kampf gegen Militärprojekte und gegen Profitmacherei schon im Keim zu ersticken
- ★ Polizeijournalismus
- ★ Das grüne Gift bekämpfen
- ★ Zwei Seiten des Volksbegehrens gegen die Startbahn-West
- ★ Die DKP-Revisionisten: weder kommunistisch noch revolutionär - erbärmliche Abwiegler
- ★ Ein schöner Traum, der Wirklichkeit werden muß: "Opelarbeiter an der Spitze von 50 000 Demonstranten schlagen die Polizei in die Flucht! Eroberung und Besetzung des Baugeländes!"
- ★ Die Gefahr der Resignation bekämpfen! Weiter und um mehr kämpfen!

Wir bitten um
Bestellung bei:

Zentraler Literaturdienst
Postfach 582 1150/9 Wien

Zum Kampf gegen die Startbahn - West:

Ein Lehrstück, wie die
Militarisierung und
Faschisierung voran-
getrieben werden

(Artikel aus "GEGEN DIE STRÖMUNG" Nr. 27)



GEGEN DIE
STRÖMUNG



Dezember 1981